Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Preis S 5,-
P.b.b.

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

13. April 1978
3.Jg.Nr.8

SZD 3374

Aufruf des Zentralkomitees zum 1.Mai

Arbeiter, Werktätige, Genossen!

Der 1. Mai 1978 fällt in eine sehr bewegte Zeit. Große Unruhe, rasche Veränderungen, heftige Kämpfe prägen das Bild der internationalen Lage wie auch in Österreich. Das hat seinen Grund darin, daß die Welt in unversöhnliche Gegensätze zerrissen ist. Überall auf der Welt toben heftige Klassenkämpfe, kämpfen die Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie um nationale und soziale Befreiung, bekämpfen sie den Imperialismus. Die Speerspitze des internationalen Klassenkampfes richtet sich gegen die beiden Supermächte, ihre Weltherrschaftsbestrebungen und Kriegsvorbereitungen. Je mächtiger sich die proletarische Weltrevolution entwickelt, desto wilder schlagen die Supermächte um sich. Das gilt vor allem für den russischen Sozialimperialismus, der immer offenere und brutale Aggressionen gegen die Völker begeht. Er ist auch der Hauptkriegsbrandstifter.

Für den Sieg der palästinensischen Revolution! Es lebe die PLO!

Der 1. Mai steht im Zeichen des anhaltenden Aufschwungs der palästinensischen Revolution unter Führung der PLO, aber auch im Zeichen der jüngsten zionistischen Aggression gegen das palästinensische Volk und den Libanon. Demonstrieren wir am 1. Mai gegen das faschistische israelische Kolonialregime und gegen das Komplott der beiden Supermächte im Nahen Osten, die die israelischen Verbrechen anstiften bzw. ermuntern! Bringen wir die entschlossene Unterstützung der palästinensischen Revolution zum Ausdruck!

Für den Sieg des Volkes von Zimbabwe!

Der 1. Mai steht im Zeichen des anhaltenden Aufschwungs des Befreiungskampfes in Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front, aber auch im Zeichen neuerlicher Komplotte der beiden Supermächte und der Südafrikanischen und rhodesischen Kolonialisten. Der KB Österreichs hat vor kurzem über S 650.000,- für die Patriotische Front gesammelt. Tausende Menschen haben sich an dieser Aktion beteiligt. Das Volk von Zimbabwe braucht weiterhin unsere Unterstützung. Demonstrieren wir am 1. Mai gegen die Pläne der „internen Lösung", gegen das amerikanisch-britische Komplott und insbesondere auch gegen die Einschleich- und Spaltertektik des russischen Sozialimperialismus, der aus Zimbabwe ein zweites Angola machen will, um über Ströme von Blut seine Kolonialherrschaft zu errichten! Unterstützen wir am 1. Mai das Volk von Zimbabwe und die anderen Völker des Südlichen Afrika, ihren Kampf und ihre Einheit! Bringen wir am 1. Mai auch unsere Solidarität mit dem angolanischen Volk zum Ausdruck, das Opfer einer brutalen und barbarischen russischen Aggression geworden ist, aber unter schwierigsten Bedingungen den Kampf gegen den neuen Kolonialherrn fortsetzt!

Nieder mit der sowjetischen Aggression am Horn von Afrika!

In besonderer Weise demonstrieren wir an diesem 1. Mai unsere Verbundenheit mit allen Völkern des Horns von Afrika. Gegen sie verübt der russische Sozialimperialismus gegenwärtig die schwersten Verbrechen. Somalia wird ernsthaft bedroht. Vor kurzem sind — nach Vernichtungsbombardements der

Fortsetzung Seite 8

Erste „Fühlungnahme" zwischen Metall-gewerkschaft und Kapitalistenvertretern

Am Dienstag, den 11. April, haben die ersten Verhandlungen zwischen der Metallarbeitergewerkschaftsführung und den Kapitalistenvertretern stattgefunden. Es war eine sogenannte „Fühlungnahme". Die Gewerkschaftsführung hat ihre Forderung überreicht: 6,5% Ist-Lohn-Erhöhung und 8% Mindestlohnerhöhung. Das ist nichts Überraschendes. Die Gewerkschaftsspitze hat schon seit längerem inoffiziell die 6,5%-Forderung in den Betrieben verbreitet. Nicht ohne jedesmal sofort hinzuzufügen, daß sie natürlich bereit wäre, auf 4,5% hinunterzugehen. Die Kapitalistenvertreter haben diese Forderung daher zwar als „weit überhöht" bezeichnet, aber sie doch mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Befriedigt werden die Kapitalisten auch sein über das „Entgegenkommen" der Gewerkschaftsführung in puncto Verschleppung der Lohnrunde.

Zwar fordert die Gewerkschaft als Termin 1. Mai, aber Sekanina hat sofort erklärt, daß erst mit einem Abschluß zwischen Mitte und Ende Mai gerechnet werden könnte. Bei den Industrieangestellten hat die Gewerkschaftsführung von vornherein den 1. Juni als Termin des Inkrafttretens des neuen KV „begehrt".

Nehmen wir also den 1. Juni an. Dann wären seit dem letzten Abschluß 14½ Monate vergangen. Würde mit 4,5% abgeschlossen, so wären dies aufs Jahr umgerechnet knapp über 3% brutto. Netto vielleicht etwas über 2%. Das wäre wahrlich „unter der Inflationsrate" abgeschlossen. Nicht einmal der geringfügige Mindestbetrag wird dabei als

Fortsetzung Seite 4

Die Völker am Horn erheben sich gegen die sowjetische Aggression

Am Sonntag schlug in Mogadischu ein Putsch einiger Offiziere fehl. Präsident Barre gab bekannt, daß die Offiziere vom „Ausland", von „neokolonialistischen und imperialistischen Mächten" gesteuert worden waren. Die Hauptinteressenten eines solchen Putsches sind die russischen Sozialimperialisten — schon seit Monaten, und in den letzten Wochen verstärkt, kündigen sie innenpolitische Unruhen in Somalia an. Ihre Hoffnungen dabei zielen, nicht anders als bei ihrer wilden Hetze gegen den Präsidenten des Sudan, Numeri, und gegen den Präsidenten von Ägypten, Sadat, auf die Möglichkeiten für die Einsetzung einer russischen Marionettenregierung ab. Nach wie vor stehen russisch-kubanische Truppen an den Grenzen Somalias, die russischen Bomberflugzeuge setzen die Terrorangriffe auf Dörfer in Nordsomalia fort.

Der neue äthiopisch-kubanische Angriff in Eritrea

Am 1. April gab die EPLF, eine der beiden Befreiungsbewegungen der eritreanischen Nation, bekannt, daß bereits 3.500 kubanische Söldner gegen die eritreanische Volksmiliz im Einsatz seien. Diese verstärken die am 14.3. begonnene Offensive der mehr als 1.000 kubanisch-äthiopischen Truppen gegen Eritrea. Die Verlegung eines großen Teiles der russisch-kubanischen Aggressionsstreitmacht nach Eritrea wurde durch einen Hetzartikel in der „Prawda" vorbereitet. Dort wurde die eritreanische Befreiungsfront zu Handlangern und Marionetten im Dienste des US-Imperialismus und der „arabischen Reaktion" erklärt. Damit war das Zeichen zum Losschlagen für die kubanischen Besatzer gegeben. Hatten diese im Jänner doch erklärt: „Wir werden niemals gegen die eritreanische Revolution stehen, solange diese nicht ihren antiimperialistischen Standort verläßt." (Kubanische Delegation auf dem Kongreß der SVKP in Stockholm, Jänner 1978).

Für die russischen Sozialimperialisten, die beabsichtigten, das Heft in Äthiopien fest in der Hand zu haben, haben sie dies damit getan, daß sie der Anweisung der Russen, den Befreiungskampf einzustellen, und sich dem äthiopischen DERG-Regime und damit den russisch-kubanischen Besatzern zu unterwerfen, nicht Folge geleistet haben. Die russischen Sozialimperialisten sind

Fortsetzung Seite 2

Weg mit der Prozeßwelle gegen slowenische Aktivisten!



In den letzten 14 Tagen fanden in Klagenfurt/Celovec, Salzburg und Linz Verhandlungen gegen slowenische Aktivisten statt. Überall, wo solche Prozesse stattfinden, erhebt sich dagegen der Widerstand. In Linz — hier im Bild — wurde die Verhandlung durch Zwischenrufe unterbrochen, ein Transparent entrollt, nachdem bereits am Vorabend das Gebäude mit Parolen versehen worden war.

Siehe auch Seite 11

Spendensammlung des Kommunistischen Bundes Österreichs
1 Million Schilling für den Parteiaufbau!
Spendenkonto: PSK 2418.889 (KB Österreichs/Zentrale)

OAG Klagenfurt/Celovec
Neues Lokal:
St. Ruprechtstraße 20 H/27
Journaldienst Mo—Do 16—18 Uhr

Fortsetzung von Seite 1

Die Völker am Horn erheben sich gegen die Aggression der sowjetischen Sozialimperialisten

heute die Hauptfeinde der Revolution in Eritrea geworden. Sie wollen sich dieses Küstenland am Roten Meer aneignen, um als Nachfolger des bereits vertriebenen US-Imperialismus Flottenstützpunkte zu errichten. Die eritreanischen Revolutionäre halten angesichts des massiven militärischen Angriffes, angesichts der unverschämten Erpressungen an ihren Zielen fest: „Wir werden niemals eine Autonomie oder eine Föderation akzeptieren, wir werden für unsere Unabhängigkeit kämpfen. Wir sind ein Volk, das seine Angelegenheiten ohne ausländische Macht entscheiden wird." Dies erklärte der Vizevorsitzende der EPLF in einem Interview mit der Zeitschrift „New Africa". Autonomie — im von den russischen Besatzern kontrollierten Äthiopien; Föderation — jenes Betrugsmanöver Castros aus dem Vorjahr, das jetzt wieder aufgewärmt wird, um Somalia und Eritrea mit einem Schlag national zu versklaven, zu russischen Kolonien zu machen — lehnt der Vertreter der EPLF ebenso ab wie dies der Vertreter der ELF, der zweiten Befreiungsbewegung einen Monat vorher getan hat.

Die Zahl der kubanischen Söldner am Horn wurde um keinen Mann verringert, aber ihre Kraft, wie auch die der russischen Truppen zersplittert sich. Die militärische Bedrohung Somalias muß aufrechterhalten werden, das Volk von Tigre (eine nationale Minderheit in Äthiopien) entfaltet den Volkskrieg und in Äthiopien selbst nehmen die antikolonialistischen Aufstände zu.

Die Hoffnung, den Ogaden „befriedet" zu haben, ist nicht aufgegangen. Gemeldet wurde Anfang April ein erfolgreicher Angriff der WSLF („Westsomalische Befreiungsfront") auf eine äthiopisch-kubanische Truppe, bei der 10 Kubaner getötet wurden, eine Woche später ein weiterer, bei dem 30 Kubaner fielen. Das heißt, ein Teil der Aggressionsstreitkräfte ist im Ogaden gebunden. Ein anderer Teil soll mit dem Volkskrieg in Eritrea Schluß machen. „Wir haben jetzt 95% unseres Landes befreit. Die Äthiopier (und die ausländischen Aggressoren) kontrollieren nur Asmara, den Hafen von Assab und einige wenige Häfen.", erklärte der EPLF Vizevorsitzende am 1.4.

Die beiden eritreanischen Organisationen sind sich des Ernstes der Lage bewußt. Der neue Feind ist nicht so zersetzt wie die Truppen des DERG-Regimes; aber er ist im Volk noch verhaßter, der Volkskrieg entbrennt umso schärfer, je mehr ausländische Truppen ins Land kommen. Bereits 4 Tage nach dem neuen Angriff gaben ELF und EPLF bekannt, daß sie ihre am 20. Oktober 1977 hergestellte Einheitsfront erweitert hätten. Am 18.3. beschlossen die beiden Befreiungsorganisationen in Khartoum, die militärische Zusammenarbeit unter einem einheitlichen Kommando zu verstärken, die Außen-, Informations- und Wirtschaftsangelegenheiten gemeinsam zu kontrollieren und die politische „Einheitsfront gegen Imperialismus und innere Reaktion und für die nationale und soziale Befreiung" zu verstärken.

Und die Völker am Horn unterstützen sich wechselseitig: „Wir stehen an der Seite des Volkes des Ogaden, und wir unterstützen seinen Kampf." erklärte der Vertreter der EPLF. Und zum Kampf des Volkes von Tigre: „Wir sind selbst ein unterdrücktes Volk, daher haben wir die Pflicht, andere unterdrückte Völker zu unterstützen."

Auf diese Weise bildet sich eine antiimperialistische Einheitsfront der Völker am Horn heraus, die sich frontal gegen die russische Aggression richtet.

Die russischen Sozialimperialisten reagieren auf diese Entwicklung mit neuen Waffenlieferungen, mit krampfhaften Versuchen, die Zufuhr an Besatzungstruppen zu steigern und mit gesteigerter Hetzkampagne. Niemand darf glauben, daß die bisherigen Mißerfolge, die ihre Aggression gebracht hat, sie „klug" gemacht hat. Sie gehorchen nur ihren imperialistischen Interessen und die treiben sie dazu, mehr denn je die alleinige Kontrolle über das Horn anzustreben. Dies sowohl hinsichtlich seiner außerordentlichen Wichtigkeit für die Kontrolle der russischen Schiffahrtsrouten aus dem Schwarzen Meer in den Fernen Osten der UdSSR als auch für die Kontrolle des Roten Meeres und des Indischen Ozeans.

Arabische Liga fordert Abzug aller ausländischen Truppen

Es vergeht kein Tag, an dem nicht führende Persönlichkeiten der 3. Welt, Regierungen, Staatsorgane, wichtige Zeitungen, das russische Treiben am Horn verurteilen. A. Neto, der Präsident von Angola, hält sich seit 20.3. zu einem nicht angekündigten Besuch in der UdSSR auf — bisher gibt es nur zwei Kurzmeldungen, die über den Zweck des Besuches nichts aussagen. Offensichtlich fürchten die Sozialimperialisten selbst die Stellungnahme der Regierung Angolas zu ihrem neuen Verbrechen — die MPLA hatte immer den Kampf in Eritrea unterstützt. Die Regierung Algeriens versicherte der eritreanischen Befreiungsbewegung auch in der neuen Phase ihre volle Solidarität.

Die arabische Liga hat auf ihrer jüngsten Tagung, bei der Vertreter aus 17 Staaten und der der PLO anwesend waren, den sofortigen Rückzug der ausländischen Truppen vom Horn gefordert. Die Liga rief Somalia und Äthiopien auf, ihre Probleme friedlich zu klären und beschloß, die tausenden Flüchtlinge aus dem Ogaden zu unterstützen.

Die Völker am Horn brauchen Unterstützung

Der russisch-kubanisch-äthiopische Angriff in Eritrea seit dem 14.3., hat in ganz Europa den Protest gegen die russische Aggression wachsen lassen.

Die Staaten der 3. Welt nutzen diese Lage aus und versuchen, verschiedene Regierungen westeuropäischer Staaten zu einer für die Isolierung des Hauptkriegsbrandstifters günstigen politischen Stellung zu gewinnen. die Zeitung „Elina" aus Zaire schreibt:

„Sollte die Sowjetunion Afrika unter ihre Kontrolle bringen, wäre sie offensichtlich in einer günstigeren Lage in ihrer Rivalität mit den USA um die Kontrolle Europas. Mit einem Wort, die sowjetische Offensive gegen diese Staaten und diese Regionen von strategischer Bedeutung dient dazu, sich diese Gebiete anzueignen und zu kontrollieren. Der Sowjetunion geht es insbesondere darum, die Durchfahrten unter ihre Vorherrschaft zu bringen, wobei dies auf die Einschnürung Europas von seinen Flanken her zielt." (Hsinhua, 26.3.)

Die britische Regierung ist vor einigen Tagen öffentlich von der Politik der „Nichteinmischung" abgerückt und hat den russisch-kubanischen Überfall auf Eritrea verurteilt. Die sowjetische Regierung hat darauf mit geharnischtem Protest reagiert und den Druck auf die britische Regierung verstärkt.

Die US-Imperialisten verhalten sich nach wie vor abwartend, sie wollen auf der einen Seite für die Duldung des russischen Vorgehens Vorteile bei den Abrüstungsgesprächen einhandeln. Außerdem setzen sie darauf, daß die russischen Sozialimperialisten ihre Kräfte aufreiben und dann die Lage für ein amerikanisches Eingreifen zum Zweck der Rückeroberung der Hegemonialstellung günstiger ist.

Die entscheidende Aufgabe bei der internationalen Isolierung des Aggressors am Horn kommt in Westeuropa aber den Völkern selbst zu. Die italienische Arbeiterbewegung hat ihre Unterstützung für die kämpfende eritreanische Nation verstärkt, in mehreren westeuropäischen Staaten wächst die anti-imperialistische Bewegung an, es finden Protestaktionen statt. In Österreich haben vereinzelte Protestaktionen bereits stattgefunden, auf der Universität Wien hat die Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation eine Veranstaltung gegen die Aggression am Horn durchgeführt. In mehreren Städten wurden Parolen gegen die russische Aggression in Afrika auf russische Einrichtungen und andere gut sichbare Stellen angebracht. Die entscheidende Aufgabe in der nächsten Zeit wird es sein, die Aufklärungsarbeit zu intensivieren, die Unterstützung für die kämpfenden Völker Eritreas, Somalias und Äthiopiens zu verstärken und die Protestbewegung zusammenzufassen.

Schriften zum Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus

Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt — ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus

Dieser Artikel wurde von der Redaktion der „Renmin Ribao", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, verfaßt.

89 Seiten **Preis S 3,-**

Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske

Artikelsammlung aus chinesischen Zeitungen, die das räuberische, imperialistische Wesen des sowjetischen Sozialimperialismus bloßlegt.

99 Seiten **Preis S 3,30**

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion

Von W. Dickhut

322 Seiten **Preis S 75,50**

Supermacht Sowjetunion

In „Supermacht Sowjetunion" sind die Referate abgedruckt, die zu Pfingsten 1977 auf einem Kongreß der Zeitschrift „Befreiung" über die innere und äußere Politik der sozialimperialistischen Sowjetunion gehalten wurden.

Unter anderem wird der sowjetische Einfluß in mehreren europäischen Ländern dargestellt (Finnland, Schweden). Ein eigener Abschnitt beschäftigt sich mit der sowjetischen Ausplünderung und Unterdrückung verschiedener Länder der 3. Welt wie Angola, Indien, Ägypten, Bangladesh und der Türkei.

258 Seiten **Preis S 102,40**

Friedliche Konterrevolution Teil I und Teil II

von Nils Holmberg (Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Schwedens) **330 Seiten Preis S 115,30**

Das Buch soll in drei Teilen die Entwicklung der Sowjetunion vom Sozialismus zum Staatskapitalismus und Sozialimperialismus darlegen.

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Kreisky deckt illegale Waffenexporte nach Israel!

Den konkreten Beweis für die von der österreichischen Regierung immer wieder bestrittenen Waffenexporte nach Israel hat der „Klassenkampf" in seiner letzten Nummer am Beispiel der rPaK-Rohrlieferungen erbracht.

Bekanntlich hatten in der Parlamentssitzung vom 2.2.78 der FPÖ-Abgeordnete Josseck und der Verteidigungsminister Rösch über die Lieferung von Rohren für die rückstoßfreien Panzerabwehrkanonen gesprochen. Allerdings nicht etwa deswegen, weil diese Lieferungen, die von den Tiroler Röhren- und Metallwerken unter der Deckbezeichnung „Pipeline-Rohre" durchgeführt werden, durch und durch illegal sind, sondern bloß unter dem Gesichtspunkt, daß es vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt herunklug ist, erst Waffenbestandteile nach Israel zu liefern, wenn man danach fertige Waffen aus Israel einführen will. Die Tatsache, daß auf diese Weise der reaktionäre Kampf des zionistischen Siedlerstaates gegen die PLO und die arabischen Staaten unterstützt wird, stört die Herren Abgeordneten nicht nur nicht, sondern ist vor allem Bestandteil der Schützenhilfe der Bundesregierung für den Zionismus, die ihren Hauptausdruck in der Anerkennung des illegalen Siedlerregimes findet.

Unmittelbar nach der Aufdeckung der verbrecherischen Waffenexporte hat der Sekretär des Zentralkomitees des KB Österreichs in einem Brief an den Bundeskanzler gegen diese reaktionäre Politik protestiert und die sofortige Einstellung der Waffenexporte nach Israel gefordert. Bis heute hat jedoch Kreisky dazu nicht Stellung genommen und fährt damit fort, die illegalen Waffenlieferungen zu decken. Wie lange er dies jedoch tun kann in einer Zeit, in der Israel zusehends in internationale Isolierung gerät, und wo selbst die Regierung der US-Imperialisten gezwungen ist, den Einsatz von Kugelbomben gegen die Palästinenser zu verurteilen, wird sich erst herausstellen. Letztlich wird es nicht von Kreiskys Willen abhängen, wie lange Israel noch aus österreichischen Geschützrohren palästinensische Stellungen beschießen kann.

Sofortige Einstellung der Waffenexporte nach Israel! Abbruch der Beziehungen zu Israel und Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung!

„China im Aufbau" Nr. 2: Eine neue chinesische Medizin entsteht

Am Beispiel Gesundheitswesen: Verkommenheit des Kapitalismus — Überlegenheit des Sozialismus

Das Schwerpunktthema von „China im Aufbau" Nr. 2, das soeben erschienen ist, ist die Verbindung von chinesischer mit westlicher Medizin. Im sozialistischen China wird ein harter Kampf darum geführt, durch die Schaffung einer neuen Medizin die Krankheiten effektiver zu bekämpfen, die Gesundheit der Werktätigen und ihr Leben zu sichern. Die Leistungen des neuen China auch auf diesem Gebiet — über die in „China im Aufbau" ausführlich berichtet wird — sind eine große Ermutigung und großer Ansporn für das Volk und die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern im Kampf um die sozialistische Revolution.

Unter der Herrschaft des Kapitals, das nur existieren kann, indem es alle Arbeits- und Lebenskraft der Arbeiterklasse aussaugt, ist die Medizin zur Flickschusterei heruntergebracht und wird noch zur Rechtfertigung gerade der Verhältnisse herangezogen, die die Gesundheit und das Leben der Werktätigen untergraben. Das sieht man auch an der gegenwärtig in Österreich laufenden Kampagne „Aktion Ü", die die Kapitalisten über den Herzfonds betreiben. Ihr Ziel ist angeblich, über die Gefahren der Hypertonie (erhöhter Blutdruck) aufzuklären und die „Gefährdeten (zu) veranlassen, rechtzeitig zum Arzt zu gehen." („Die Presse", 30.3.)

An der Tatsache, daß heute in Österreich schon über 900.000 Menschen an dieser gefährlichen Krankheit leiden (Folgen sind unter anderem Herzinfarkt, Schlaganfall, Arterienverkalkung, Nierenversagen und Sehstörungen) kann die Bourgeoisie nicht mehr vorbeigehen. Sie kann aber auch nicht zulassen, daß ein Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ausbeutung und erhöhtem Blutdruck hergestellt wird. Professor Kaindl, Präsident des Herzfonds, und ein gut geschmierter Lakai der Bourgeoisie, behauptet: "Die letzte Ursache der Hypertonie ist noch nicht bekannt." Die Tatsachen beweisen das Gegenteil:

Hypertonie ist eine Krankheit, die der kapitalistischen Ausbeutung entspringt.

— Akkordarbeiter haben 2mal häufiger einen erhöhten Blutdruck als Nicht-Akkordarbeiter

— Nacht- und Schichtarbeiter leiden 3mal häufiger unter Hypertonie als Arbeiter, die nicht Schicht arbeiten.

— Arbeiter, die großem Lärm ausgesetzt sind, haben 4mal häufiger Hypertonie als solche, die bei einem niedrigen Lärmpegel arbeiten.

— Man findet erhöhte Blutdruckwerte bei Arbeitern, die Blei, Kohlenmonoxid oder Thallium ausgesetzt sind.

— Im allgemeinen findet sich die Hypertonie 3mal häufiger bei Hilfsarbeitern und angelernten Arbeitern als bei Facharbeitern.

Kaindl jedoch fährt fort: „Ein Zusammenhang mit Übergewicht, Streß und Nikotinabusus ist aber erwiesen."

Seiner Meinung nach liegt es also an der Unzulänglichkeit der Menschen, an ihrem sündigen Lebenswandel, wenn sie Hyptertonie bekommen. Wenn sich die Menschen bessern, so wird nach Kaindls Meinung auch der Blutdruck wieder sinken. Dementsprechend lauten auch die „Fünf Gebote" der „Aktion Ü":

„Weniger rauchen,
die Hälfte essen,
sinnvollen Sport betreiben,
Hektik vermeiden,
Speisen nicht nachsalzen"

Hätte das Kapital ein Herz, es würde vor Freude höher schlagen, denn mit diesen Geboten trifft Kaindl für die Bourgeoisie mehrere Fliegen auf einen Schlag:

Er unterstützt ideologisch die Lohnraubpläne der Kapitalisten. Ihnen genügt es nicht, daß die Qualität des Essens auf den Tischen der Arbeiter immer schlechter wird, weil hochwertige Lebensmittel unerschwinglich werden; von diesem Schlechten solls auch nur die Hälfte sein. Er stellt Vorbeugung und Heilung der Krankheit als individuelle Aufgabe jedes einzelnen dar und leistet damit dem bürgerlichen Staat Schützenhilfe bei der Unterminierung des Sozialversicherungswesens. Denn wenn einer selbst schuld ist an seiner Krankheit, ist es ja ganz „logisch", daß er auch selber dafür zahlt.

Trotz der 5 Gebote des Professor Kaindl und der ganzen Aktion Ü wird sich nichts daran ändern, daß die Werktätigen an Hypertonie erkranken. Einfach deswegen, weil kein Arbeiter die Gebote sinnvoll befolgen kann. Wie kann denn z.B. ein Akkord- oder Schichtarbeiter „Hektik vermeiden"?

Während sich an Hand der „Aktion Ü" klar zeigt, daß die Bourgeoisie zur Vorbeugung und Heilung einer wichtigen Volkskrankheit nicht fähig ist, sondern höchstens an den Symptomen herumdoktern kann, liefern uns die Verhältnisse in der Volksrepublik China ein anschauliches Beispiel, wie unter der Diktatur des Proletariats die Medizin einen ungeheuren Aufschwung nimmt.

Der Mensch als die wichtigste Produktivkraft steht dort im Mittelpunkt. Die kapitalistische Ausbeutung als Quelle ungeheurer Leiden ist beseitigt. Schritt für Schritt werden gesundheitsschädliche Faktoren aus dem Produktionsprozeß beseitigt. Die wissenschaftliche Forschung, und damit auch die Medizin, verfolgen den Grundsatz: Dem Volke dienen.

Die Nr. 2/78 von „China im Aufbau" zeigt auf, wie mittels der Weltanschauung des dialektischen Materialismus versucht wird, die traditionelle chinesische Medizin mit der westlichen Medizin zu verbinden und auf eine neue Stufe zu heben. Ein Beispiel:

„Am Samstag, kurz nach Mitternacht, brachte ein Ambulanzwagen einen Mann mittleren Alters zum Krankenhaus. Untersuchung und Röntgenaufnahme zeigten, daß ein Magengeschwür durchgebrochen war. Der Mann wurde im Krankenhaus untergebracht und ohne operativen Eingriff behandelt.

Der Patient, Sung Schu-tjüan, war 44 Jahre alt und ist Mechaniker in der Tientsiner Textildruckerei und -färberei Nr.4. An jenem Abend hatte er plötzlich so starke Bauchschmerzen, daß er weder sitzen noch liegen konnte. Der Schweiß lief ihm übers Gesicht. In einem nahegelegenen Krankenhaus wollten die Ärzte ihn sofort operieren. Sung bat darum, ihn ins Nankai-Krankenhaus zu überweisen, das dafür bekannt ist, daß es solche Fälle ohne Operation behandelt.

Mittels Akupunktur wurden die Schmerzen gestillt und man bemühte sich darum, den Verschluß der Perforationsstelle zu fördern. Durch Dauerabsaugung des Magens wurde der Druck reduziert, um das Austreten der Säfte aus dem Magen zu vermindern. Mittels Infusionen behandelte man den Wasserverlust des Kranken und stärkte die pyhsiologischen Funktionen der inneren Organe.

Ein Elektromyogramm und ein Elektrokardiogramm wurden gemacht. Eingeweidegeräusche und Atmung wurden von elektronischen Geräten beständig aufgezeichnet. Fünf Minuten später zeigte sich schon eine Besserung. Nach einer Stunde entspannte sich sein Bauch und die Schmerzen ließen merklich nach. Einige Stunden später, nachdem man eine Dosis traditionelle Medizin zur Absorbierung der Sekretion mit dem Magenschlauch verabreicht hatte, hatten die Schmerzen fast völlig aufgehört, und er schlief ein. Sechs Tage bekam er oral traditionelle Medizin. Dann zeigte die Gastrofiberskopie, daß der Durchbruch verheilt war. Am siebten Tag wurde er aus dem Krankenhaus entlassen, nahm aber weiter „Anti-Magengeschwür"-Pillen ein, die sowohl aus westlicher als auch aus traditioneller chinesischer Medizin bestehen, wodurch die Heilwirkung erhöht ist. Sung war glücklich, daß er sich keiner Operation hatte unterziehen müssen, und daß er noch rechtzeitig in die Fabrik zurück konnte, um bei der Installierung einer neuen Anlage zu helfen. Für seine medizinische Behandlung mußte er nichts bezahlen. Für die Kosten — nur 30,7 Yuan — kam die Krankenkasse der Fabrik auf."

Vergleicht man diesen Fall mit ähnlichen Situationen in einem österreichischen Spital, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Die einseitige Orientierung auf die Operationsmethode führt dazu, daß ein Patient, kaum ist er im Spital, auf den Operationstisch gelegt wird. Keine Zeit bleibt für eine gründliche Durchuntersuchung, wie sein Gesamtzustand ist. Dementsprechend häufig sind dann die Komplikationen: Narkoseunverträglichkeit, schlechte Heilung der Wunde, Lungenentzündung durch das lange Liegen nach einer so schweren Operation.

Über eine neue Behandlungsmethode der Herzinfarkte in China wird berichtet, mittels derer es gelungen ist, die Sterblichkeitsrate nach einem Herzinfarkt auf 14,6% zu senken. In den westlichen kapitalistischen Ländern liegt sie bei 40% (nach Schettler, innere Medizin, bzw. 35% nach Holzner, Allgemeine Pathologie).

1.000 Abonnenten für ‚China im Aufbau'!

Nr. 2 soeben erschienen



Einzelpreis S 7,-
Jahresabonnement S 35,-
Erscheint monatlich

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (Dokumente)
264 Seiten Preis S 8,40

Dokumente des V. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China
— Hua Guo-feng: Bericht über die Tätigkeit der Regierung
— Neue Verfassung der Volksrepublik China
— Yä Djiän-ying: Bericht zur Abänderung der Verfassung
in: Peking Rundschau Nr. 10 und 11, Einzelpreis S 2,50, Jahresabonnement S 75,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien.

Film: „Kampflied von Datjing"

Linz: 87 Menschen sind zur Veranstaltung im Gasthof Lindbauer gekommen. In der Diskussion stellte sich schnell heraus, was am tiefsten beeindruckt hatte: der ungeheuer große Enthusiasmus, mit dem die Datjinger Arbeiter an den Aufbau des Erdölfeldes herangingen. „Harte Arbeit unter schwierigsten Bedingungen mit so großer Begeisterung — wie ist das möglich?" — das war die Frage. Ob man gern oder ungern arbeitet, hängt davon ab, für wen man arbeitet: Zum Nutzen des ganzen Volkes oder für den Profit des Kapitalisten. Sozialismus heißt Sturz der Ausbeuterklasse zum Zwecke der Befreiung der Produktivkräfte. „Datjing" — das ist die befreite Arbeiterklasse, deren Produktivkraft voll zur Entfaltung gelangt. Es ist wie Lenin einmal sagte: „Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität freiwillig, bewußt, vereint schaffender Menschen, die sich der fortgeschrittenen Technik bedienen." (Die große Initiative). Die anschließende Spendensammlung für den Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse erbrachte S 2.404,-.

Innsbruck: 80 Menschen nahmen an der Filmveranstaltung „Kampflied von Datjing" am 6.4. im Innsbrucker Stadtsaal teil, darunter Arbeiter mehrerer Betriebe sowie Arbeiter und Angestellte aus den Stadtteilen, in denen unsere Zellen regelmäßig auftreten. Auch eine Reihe von Mitgliedern der Bürgerinitiative der AKW-Gegner, die einen Agitationsstand für die zentrale Demonstration zum Parlament am Saaleingang aufgestellt hatten, besuchten den Film. Das hat dazu beigetragen, daß gerade die Frage in der Diskussion eine große Rolle spielte, **welche Klasse** das Kommando führt in der Entwicklung der Produktivkräfte. Es wurden auch neue Abonnenten von "China im Aufbau" gewonnen und ca. S 680,- für den Parteiaufbau gespendet.

Salzburg: Zu der Veranstaltung kamen 50 Menschen. Nach dem Film gab es eine sehr lebhafte Debatte über die in Datjing vorbildlich praktizierte Einstellung „mehr, besser und schneller den Sozialismus aufbauen". S 1.180,- wurden für den Parteiaufbau gespendet.

Wien: Die 400 Anwesenden nahmen den Film begeistert auf. Er wird in der Folge auch in Favoriten und Ottakring gezeigt werden. Für den Parteiaufbau wurden S 3.300,- gespendet.

Erste Fühlungnahme zwischen Metall - gewerkschaft und Kapitalistenvertretern

Fortsetzung von Seite 1

Untergrenze gefordert, so daß für die Schlechterverdiener effektiv nur ein Pappenstiel herauskommen würde.
Wollen die Arbeiter ihre Interessen zur Geltung bringen, so heißt das, gegen die Lohnabbaupolitik der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung aufzutreten, alles zu tun, um dem immer weiteren Nachgeben und Hinuntergehen, noch weit unter die 6,5% hinunter, entgegenzutreten, gegen die Verschleppung der Lohnrunden aufzutreten. Daß sie weiter verschleppt werden soll, ist klar: Erst am 28. April soll wieder verhandelt werden. Womöglich werden die Kapitalisten erst dann ihr Angebot offiziell auf den Tisch legen. Es wird sicherlich eine Provokation sein. Daß die Kapitalistenvertreter jetzt die 6,5%-Forderung der Gewerkschaft, und vor allem ihre „Kompromißbereitschaft" (in der Richtung von 4,5%) loben, hindert sie natürlich nicht, morgen mit einem Angebot von 2 oder 3% herauszukommen. Was die Gewerkschaftsführung noch vorgebracht hat, ist der vage Wunsch nach einer Verbesserung der Abfertigungsregelung im KV. Das ist immer dasselbe: Große Reden eines Weißenberg oder von sonstjemandem über „Angleichung an die Angestellten" und über Umwandlung der Abfertigung aus einer Art „Treueprämie" in eine echte Überbrückungshilfe — wenn es ernst wird, nur mehr vage Wünsche über vage Verbesserungen — im Ergebnis schließlich nicht einmal das.

Wichtiger ist, was die Gewerkschaftsführung nicht vorgebracht hat. Kein Wort von einer ernsthaften Anhebung der Lehrlingsentschädigungen. Ursprünglich wollte die Gewerkschaftsjugend deren Anhebung um 12,3% fordern bzw. dem Verhandlungskomitee als Forderung vorschlagen. Sogar davon sind sie wieder abgebracht worden. Die Interessen der Lehrlinge sollen wieder vollständig unter den Tisch fallen.

Kein Wort auch von der bei feierlichen Anlässen schon tausendmal wiederholten Forderung nach Streichung der Frauenlohngruppen.

Das Forderungsprogramm der Gewerkschaftsführung — sowohl in dem, was es enthält, als auch in dem, was es nicht enthält, — ist zugleich auch ein Angebot an die Kapitalisten. Es ist das Angebot, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter kampflos kapitulieren, den Kapitalisten sich unterordnen. Aus Arbeiterverrätern und Kapitalistenknechten von A bis Z besteht diese Bande der Sekanina und Konsorten. Eine üble und schädliche Politik ist diese Politik der Klassenzusammenarbeit oder Sozialpartnerschaft.

Offen bleibt freilich die Frage, ob diese Politik — um es mit Benya zu sagen — „zu administrieren ist", ob sie durchzusetzen ist gegen die Arbeiter, ob die Arbeiter sich diese Politik gefallen lassen. Es ist leicht möglich, daß das nicht der Fall ist. Nicht immer verlaufen die Lohnrunden programmgemäß. Das zeigen auch die letzten Monate. Es ging darum, im Kampf gegen das immer weitere Nachgeben der Gewerkschaftsführung eine Front aufzubauen, irgendwann und irgendwo zu sagen: „Jetzt ist Schluß! Unter soundsoviel Schilling oder Prozent wird nicht gegangen!" Die Speditionsangestellten hatten eine solche Front aufgebaut hinter der Forderung: „6%, aber mindestens S 450,-!" Sie haben sie einige Zeit gehalten, aber letztlich doch nicht bis zum Schluß halten können. Je mehr es heute bei den Metallarbeitern an Willens- und Meinungsäußerungen in den Betrieben und in der Gewerkschaft gibt, desto früher und desto weiter oben (nicht erst, wenn schon fast 4,5% erreicht sind), könnte eine solche Abwehrfront, eine untere Schranke für den Lohnabbau, aufgebaut werden. Und desto fester wäre sie. Jeder Schritt des Protest und Widerstands ist ein Baustein beim Aufbau einer solchen Front. Die wichtigsten Forderungen sind nach wie vor: Keine Verschleppung der Lohnrunde! Forderung nach einem Mindestbetrag!

Red.

Wertheim Wien:

„Mit einem Plakat zum Deutschmeisterplatz"

Letzten Freitag, am 7.4., fand eine öffentliche Sitzung des „Kultur- und Sportausschusses" des Betriebsrates statt.

In der Hauptsache sollte es darum gehen, ob das „Taggeld" von 7.-S, das vom Betriebsrat bisher jedem Krankenständler nach 14 Tagen zugeschossen wurde, abgeschafft werden soll oder nicht, und entsprechend, was mit dem überschüssigen Geld aus der Betriebsratsumlage passieren soll.

Der Besuch war sehr mager: nur ca 45 Arbeiter und einige Angestellte waren gekommen, aber nicht deshalb, weil es die anderen nicht interessiert hätte, sondern weil die meisten überhaupt nicht wußten, daß eine Sitzung war. Der Betriebsrat hat es nicht der Mühe wert gefunden, die Sitzung so anzukündigen, daß alle Kollegen davon unterrichtet waren.

Nachdem verschiedene Vorschläge besprochen wurden bezüglich des Taggeldes (die anwesenden Arbeiter vertraten einhellig die Meinung, daß das Taggeld nicht nur nicht gestrichen, sondern vielmehr auf 10.-S erhöht werden müßte), stand gegen Ende ein Kollege auf und fragte, was der Betriebsrat wegen des Kollektivvertrages zu tun gedenke. Der Kollege war der Meinung, es müßte endlich ein scharfer Protestbrief an das Verhandlungskomittee losgehen, „sonst steigen wir noch mit 4% aus...". Nachdem der Betriebsrat, Kollege Nachtmann mit dem Hinweis „das werde ich weiterleiten" (an den gesamten Betriebsrat) versuchte gleich abzublocken, rief ein Kollege dazwischen „sonst müssen wir eben mit einem Plakat zum Deutschmeisterplatz marschieren". Ein anderer meinte, „wenn es mit dem Kollektivvertrag nicht klappt, dann werden wir es uns in der Firma holen müssen."

Herausgekommen ist bei der Sitzung vorläufig nichts. Der Weg, der eingeschlagen werden müßte, ist schon klar, was fehlt ist die Führung, was fehlt ist jemand, der das Ganze organisiert. Der Betriebsrat, dessen Aufgabe das ja wäre, hat absolut nichts vor. Vielleicht einen lahmen Brief, wie schon in den Jahren vorher und von denen jeder weiß, daß er bei der Gewerkschaftsführung in der Ablage landet. Worauf es jetzt ankäme, wäre tatsächlich, die Belegschaft umfassend zu informieren und zu mobilisieren (z.B. auf einer Betriebsversammlung), denn daß wir „sonst mit 4% aussteigen", ist klar. Daß es nicht schlecht wäre, „mit einem Plakat zum Deutschmeisterplatz" zu marschieren, ist auch klar.

Zelle Wertheim

5.000 AKW-

unter der Losung „Keine Inbetri

Ein guter Ausgangsp

Am 9. April hat in Wien die zentrale Demonstration der Gegner der AKW-Politik stattgefunden. 4.500 Menschen aus allen Teilen Österreichs haben zum Parlament demonstriert, wo weitere 500 die Kundgebung erwarteten und sich anschlossen.

Diese Demonstration steht in der Reihe von Kampfaktionen gegen das Atomkraftwerksprogramm der Regierung, deren bedeutendsten Schritte die Demonstrationen in Zwentendorf im Juni 1977, kurz darauf in Allentsteig und am 26. Oktober in Wien waren. Der Volkswiderstand und die aktive und organisierte Bewegung haben im letzten Jahr eine aufsteigende Entwicklung genommen.

Der Regierung ist das Recht abgesprochen worden, gegen das Volk für AKWs zu entscheiden. Deshalb hat die Regierung das Parlament ins Spiel gebracht. Jetzt hat die Bewegung auch dem Parlament das Recht abgesprochen, gegen das Volk zu entscheiden. Die Demonstration brachte zum Ausdruck: „Der Kampf gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf geht weiter: Der Parlamentsbetrug wird durchschaut und bekämpft. Ein Parlamentsentscheid für das AKW Zwentendorf wird nicht anerkannt und durchbrochen werden." Die Demonstration hatte vor allem auch die Bedeutung, erstmals dem Parlamentsbetrug die Losung der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf entgegenzuhalten. Es ist kein Zweifel, wie eine Volksabstimmung ausgehen würde. Deshalb ist der erbitterte Widerstand der Regierung verständlich. Deshalb ist aber auch der Kampf um eine Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf notwendig und von großer Bedeutung.

Die Demonstration war auch noch in anderer Hinsicht ein Fortschritt: Es haben sich noch nie so viele Arbeiter, Angestellte, aktive Gewerkschafter, Betriebsräte usw. beteiligt.

Zweifellos war die Demonstration ein Meilenstein dabei, eine enge Verbindung zwischen der Bewegung und der Masse der Arbeiter und einfachen Gewerkschaftsmitglieder herzustellen.

Teilgenommen hat auch eine Reihe von Bauern aus dem Waldviertel, Weinviertel und dem Tullnerfeld.

Mit der kämpferischen Demonstration, mit der klaren Absage gegen den Parla-

Resolution der SJ Favoriten

Die Energiegewinnung durch Kernspaltung ist sicherlich ein technologischer Fortschritt, den die Menschheit weiterentwickeln und sich dienstbar machen wird. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem wurden jedoch jahrzehntelang Erforschung und Entwicklung der Produktion von Atomenergie vernachlässigt und behindert, da sie damals gegenüber anderen Energiequellen nicht profitträchtig genug war. Als sich das änderte, wurden rücksichtslos die abenteuerlichsten AWK-Programme in Gang gesetzt, ohne genaue Kenntnis der Folgen und Auswirkungen, und ohne den gesamten Produktionsprozeß von Atomstrom beherrscht zu haben.

Die SJ Favoriten kämpft daher nicht gegen die Atomenergie, sondern dagegen, wie das AKW-Programm in den industrialisierten Ländern, die die Atomenergie verwenden, allgemein und in Österreich im besonderen durchgezogen werden soll. Die SJ-Favoriten kämpft nicht gegen den technischen Fortschritt, sondern dagegen, daß der technische Fortschritt nicht dem Menschen, sondern dem Profit dient, während der Mensch skrupellos dem Profit geopfert wird.

Auch ein ständig steigender Energiebedarf macht das AKW Zwentendorf nicht notwendig. (. . . .) Die hohe staatliche Förderung aus Steuermitteln für das AKW Zwentendorf garantiert den Kapitalisten jedoch noch höhere Profite und Billigststrompreise, während das Volk zusätzlich noch mit Strompreiserhöhungen zu rechnen hat.

Das AKW Zwentendorf ist weder geeignet, Krisen abzuwehren, noch Lebensstandard oder gar Arbeitsplätze zu sichern. (....) Je größer Wirtschaftskrisen, desto größer Arbeitslosigkeit; die letzten Krisen wurden aber sicherlich nicht durch Strommangel, sondern u.a. durch die dem Kapitalismus eigene Überproduktion verursacht. Ein tatsächlicher Zusammenhang zwischen AKW und Arbeitslosigkeit wird sich äußerst schwer herstellen lassen, können doch im Übermaß produzierte Waren auch dann nicht verkauft werden, wenn sie mit „billigem" Atomstrom hergestellt wurden.

Außerdem kann uns das AKW nicht aus der Abhängigkeit von Energieimporten lösen und damit die Handelsbilanz verbessern, wie dies anderenorts behauptet wird. Im Gegenteil erhöht es unsere Abhängigkeit von den beiden Supermächten bzw. einigen wenigen multinationalen Konzernen, die praktisch das Monopol auf die Uran-Brennstofflieferungen und dadurch ein ungeheures Druckmittel in der Hand haben.

Letztlich sprechen auch noch Umweltschutz-Erwägungen gegen das AKW-Programm. Während selbst die amerikanische Atomenergiekommission fordert, daß im Umkreis von 51,2 km um ein AKW wie Zwentendorf keine größere Siedlung sein darf, sind es bis nach Wien keine 30 km! Erschwerend wirkt hierbei, daß sich das AKW Zwentendorf in unmittelbarer Nähe zweier Bruch- bzw. Erdbebenlinien befindet. Auch das nunmehr verniedlichte Atommüllproblem darf nicht unterschätzt werden. (....)

Deshalb fordert die SJ-Favoriten:

Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf — Volksabstimmung!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!

Gleichzeitig weist die SJ-Favoriten nachdrücklich auf die viel ernstere Bedrohung durch Kernwaffen hin, die beide Supermächte, vor allem in Mitteleuropa massiert haben.

Vernichtung aller Atomwaffen!

Mehrheitlich verabschiedet am 30.3.78

Gegner demonstrieren in Wien
ebnahme von Zwentendorf — Volksabstimmung!"
unkt für die Fortsetzung des Kampfes

mentsbetrug, unter der Losung der Volksabstimmung, mit den Fortschritten gerade unter den Arbeitern, in der Gewerkschaft, unter den Bauern — mit all dem ist ein guter neuer Ausgangspunkt geschaffen für die Fortsetzung des Kampfes.

Wie geht es weiter?

Die Regierung will vermutlich — wenn sie es nicht zehn Tage vor dem 1. Mai machen will, was sicherlich zu einem noch stürmischeren 1. Mai führen würde, als er sowieso bevorsteht — Mitte Mai die Sache dem Parlamentsplenum vorlegen. Der Kampf gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf wird in Gestalt verschiedener Aktionen fortgesetzt werden: Aktionen direkt gegen das Parlament, wenn es so weit ist; Demonstrationen zur Unterstützung dieser Aktionen in ganz Österreich; Aktionen an den verschiedenen mit dem AKW-Programm in Zusammenhang stehenden Baustellen; schließlich regionale Demonstrationen mit demselben Zweck wie die zentrale Demonstration. Der Druck auf die Regierung wird jetzt massiv verstärkt werden. Weder wird der Parlamentsbetrug noch eine Inbetriebnahme von Zwentendorf reibungslos über die Bühne gehen. Die Regierung hat bereits bisher diese Inbetriebnahme verschieben müssen. Auch die Parlamentsdebatte schiebt sie seit Monaten vor sich her. Das ist kein Wunder. Es hat seinen Grund darin, daß der Betrug von immer mehr Menschen als Betrug erkannt und abgelehnt wird. Die positiven Entwicklungen und Fortschritte, die in der Demonstration zum Ausdruck gekommen sind, sprechen dafür, daß es — wenn sie als Ausgangspunkt genutzt und fortgesetzt werden — gelingen kann, den Parlamentsschwindel zu durchkreuzen und die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf weiter hinauszuzögern und schließlich zu Fall zu bringen.



Veranstaltung des KB am 8. April

Zur Vorbereitung des Großaktionstages veranstaltete der Kommunistische Bund Österreichs eine zentrale Veranstaltung in Wien unter dem Titel **„Das imperialistische AKW-Programm gefährdet Mensch und Natur — Kann die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindert werden?"**

Vor 600 Teilnehmern sprach Genosse Walter Lindner, Sekretär des Zentralkomitees, zu unserer Haltung zur Nutzung der Atomenergie als einer neuen Produktivkraft, untersuchte die Politik der herrschenden Klasse mit dem AKW-Programm sowie die internationalen Aspekte der AKW-Politik des Imperialismus, analysierte die aktuelle Lage im Kampf gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs und die Aufgaben der Bewegung.

Anschließend sprach Genosse Jens Scheer, Professor für Atomphysik und Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, über die Produktivkraft Atomenergie: wie ihre Entwicklung im Kapitalismus gehemmt und zur Gefährdung von Natur und Mensch wird, und wie sie im sozialistischen China gefördert und zum Nutzen des sozialistischen Aufbaus entwickelt wird.

Mit einem Kulturprogramm der Gruppe Dreschflegel und anschließend mit dem Singen der Internationale wurde die Veranstaltung beendet.

Arbeiterklasse und Kernenergie

Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen
Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse stehen der Beherrschung der Produktivkraft Kernenergie im Wege

Nr. 1 der „Reihe Materialistische Wissenschaft",

Preis S 20,-





Da habt Ihr Euch verrechnet
Der Wind überm Tullnerfeld
Das Parlament
Lied über die Maschinenstürmerei
Volksabstimmungslied

Preis S 2,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Hetzlügen der Bourgeoispresse

„Auffallend war, daß zahlreiche Redner sich von der Unterstützung ihrer Aktion durch kommunistische und linksradikale Gruppen distanzierten." (Die Presse, 10.4.). Alle Redner betonten die Aktionseinheit aller Gegner der AKW-Politik der Regierung. Die Meldung zielt auf Spaltung ab. Um die Demonstranten zu verleumden, bedient sich die „Kronen-Zeitung" der KPÖ-Revisionisten: „Bei den Anti-Atom-Kundgebungen vom Wochenende hatten sich wieder besonders die Kommunisten hervorgetan. KPÖ-Politiker wetterten gegen Zwentendorf, hatten aber z.B. nichts gegen die 'fortschrittlichen' CSSR-Kraftwerke an Österreichs Grenzen einzuwenden." Die KPÖ ist ein bekannter Förderer der imperialistischen, besonders der sozialimperialistischen AKW-Politik. Und außerdem macht sie für das bevorstehende parlamentarische Betrugsmanöver Werbung: sie „fordert auch die Öffentlichkeit der parlamentarischen Verhandlungen".... (Volksstimme, 9.4.). In diese üble Richtung will die „Presse" unter dem Titel „Kernkraftgegner unterwegs — Appelle an die Parlamentarier" die Demonstration umlügen: Nach ihr wurde „an die Nationalratsabgeordneten appelliert, gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks zu stimmen." (10.4.) Und in bezeichnendem Gleichlaut auch die „Arbeiter-Zeitung". Aber die auf und vor dem „Hohen Haus" angebrachten Parolen widerlegen diese Lüge: „Kein AKW — Volksabstimmung!"









Links der Gewerkschaftsverantwortliche der IÖAG und Betriebsrat der Firma Kaindl/Wien, rechts der Vertreter der Tullnerfelder Bauern bei ihrer Rede vor dem Parlament. Außerdem sprachen Betriebsräte von Sacher-Technik/Wien und Spedition Intercontinentale Linz, Vertreter der Soldatengruppe „Querschläger", der Österreichischen Hochschülerschaft, ein von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgter Aktivist der Bewegung, ein Vertreter der Bauern aus Wyhl sowie ein Redner des Gesamtösterreichischen Koordinationssausschusses der IÖAG.



Auf dem Gehsteig vor dem Parlament wurde die Losung „Kein AKW — Volksabstimmung" angebracht.



Gegen die Verlängerung des Arbeitstags — für das Ver

Die Übersicht über die Entwicklung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit in verschiedenen Branchen zeigt, daß die Überstunden im Jahre 76 gegenüber 75 wieder stark zugenommen haben. In nicht wenigen Branchen wurde 1976 im Schnitt mehr als 1973 gearbeitet - einem Jahr der Hochkonjunktur, bei gesetzlicher 42-Stunden-Woche!

Was ist der Grund dafür, daß die Kapitalisten immer wieder versuchen, den Arbeitstag über die einmal erkämpfte Schranke hinaus zu verlängern, welche Folgen hat diese Verlängerung des Arbeitstages für die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen und welche Forderung muß gegen diese Entwicklung aufgestellt und durchgesetzt werden?

Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft oder das Arbeitsvermögen eine Ware, die wie die anderen Waren am Markt - dem Arbeitsmarkt - verkauft wird. Eigentümer dieser Ware ist der Arbeiter, der keine anderen Waren (d.h. Produktionsmittel) besitzt, und deshalb diese seine einzige Ware verkaufen muß. Er verkauft sie für einen bestimmten festen Zeitraum; würde er sie zeitlich unbeschränkt verkaufen müssen, fürs ganze Leben, dann hätte er sich als Sklave zu Markte getragen und ganz verkauft. Er ist aber ein Lohnarbeiter, er verkauft sie für einen Tag, eine Woche oder ein Monat.

Der Wert dieser Ware Arbeitskraft ist so bestimmt, wie der aller anderen Waren durch die zur ihrer Reproduktion nötige Arbeitszeit. Zur Reproduktion aber braucht der Arbeiter eine bestimmte durchschnittliche Menge von „Lebens"-mitteln im umfassenden Sinn. Kann er den Wert seiner Arbeitskraft beim Verkauf realisieren, dann wird sein Lohn es ihm gestatten, sich diese Lebensmittel, die er und seine Familie im Schnitt benötigen, zu kaufen.

Benötigt die Gesellschaft im Schnitt 2 Stunden - ein heute realistischer Wert - um die Lebens- und Konsummittel, die ein Arbeiter durchschnittlich während des ganzen Tages braucht, herzustellen, so ist damit auch schon das absolut notwendige Minimum angegeben, das der Arbeiter unabhängig von jeder Gesellschaftsform zu seiner Selbsterhaltung arbeiten müßte. Würde er für sich selbst produzieren, hätte er in dieser Zeit gerade die notwendigen Lebensmittel oder einen Gegenwert in Form von anderen Waren erzeugt.

Der Kapitalist hat natürlich die Arbeitskraft nicht gekauft, um sie dann soviel produzieren lassen, wie sie selber wert ist. Er hat sie gekauft, weil sie mehr Wert produziert, als sie kostet. Er möchte diesen für ihn äußerst nützlichen Gebrauchswert der Arbeitskraft bis zur Neige ausnutzen." „Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalseele. Das Kapital hat aber nur einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen. . . . Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit, und umso mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt." (Kapital, Band 1, Seite 247).

Der Kapitalist, der also den Arbeitstag über alle Grenzen ausdehnen will, beruft sich darauf, daß er doch den Arbeiter den vollen Preis seiner Arbeitskraft bezahlt hat und er, wie jeder Käufer, den Gebrauchswert seiner Waren möglichst ausnutzen will.

Der Arbeiter hält dem aber entgegen, sich ebenfalls auf die Gesetze des Warenaustausches berufend, daß die Arbeitskraft sein einziges Vermögen ist, und daß er sie durch den Verkauf derselben immer wieder reproduzieren können muß. Ist die durchschnittliche Arbeitszeit 40 Jahre und dehnt der Kapitalist den Arbeitstag so aus, daß der Arbeiter schon in 20 Jahren im Produktionsprozeß konsumiert wurde, dann hat der Kapitalist mehr konsumiert als er gezahlt hat: 2mal den Wert pro Tag.

Beide können sich also auf das gleiche Recht berufen und das Entgegengesetzte durchsetzen wollen: Die Gesetze des Marktes lassen die Schranke des Arbeitstages offen. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so ist die ganze Geschichte des Kapitalismus gleichzeitig die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um den Normalarbeitstag und die Durchsetzung dieses Normalarbeitstages in Form eines staatlichen Zwangsgesetzes.

Gegen jede dieser Schranken rannte und rennt die Kapitalistenklasse aber an, versucht sie zu durchlöchern, und, wenn möglich, abzuschaffen.

Die Überstundenregelungen durchlöchern den Normalarbeitstag

Die Arbeitszeitgesetzgebung in Österreich besteht vor allem aus Ausnahmen, die es gestatten, jede Grenze des Arbeitstages unter Berufung auf irgendwelche Sonderbedingungen zu überschreiten. So kommt es dann vor, daß wider allen scheinbaren Festlegungen, z.B. in der Firma Wertheim bis zu 40 Überstunden in der Woche gemacht werden, bis zu 8 pro Tag, oder daß im Verschubbahnhof Linz trotz angeblicher gesetzlicher 40-Stunden-Woche pro Woche 4 X 12 Stunden Schicht gearbeitet wird — wodurch so nebenbei die ebenfalls gesetzliche Höchstzahl von 10 Stunden pro Tag in einem fort überschritten wird.

Die Tabelle zeigt, daß im Maschinenbau, wo diese Statistik mehr aussagt, da hier vor allem Männer und deshalb weniger Teilzeitbeschäftigte arbeiten, im Schnitt (kurze Krankenstände eingeschlossen), 42,2 Stunden gearbeitet wird. Das heißt, die 40-Stunden-Woche existiert nicht.

Aber, werden manche Kollegen sagen, die Überstunden bekommen wir ja gesondert gezahlt, zusammen mit einem Überstundenzuschlag! Das ist nicht nur schlichtweg eine Verlängerung des Arbeitstages! Aber dieser Schein trügt. Hat sich einmal in weiten Teilen einer Branche das Überstundenwesen durchgesetzt, dann drückt das notwendiger-

Arbeitslosigkeit in Kärnten: Arbeitslosengeld 80% vom Lohn!

In Kärnten ist das Problem der Arbeitslosigkeit schon lange nicht mehr bloß eine Drohung sondern eine reale Gefahr für die Werktätigen. War die Saisonarbeitslosigkeit durch die spezielle Kärntner Wirtschaftsstruktur - überwiegend Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Baugewerbe und eine relativ kleine Industrieproduktion - schon immer relativ hoch, und bildete die tagtägliche Zerstörung der Klein- und Mittelbauern durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft eine große indirekte Reservearmee heraus, so hat sich die Situation seit 1975 gewaltig verschärft.

Die durchschnittliche (saisonbedingte) Arbeitslosenrate stieg 1975 auf 4,5% (mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnittes). Die „leichte Erholung" 76/77 war eine Erholung auf dem Rükken der Arbeiter: die Arbeitslosenrate stieg weiter auf 5% im Jahresdurchschnitt, die Winterarbeitslosigkeit (Jänner/Februar) war rund 10%. Im Februar 1978 gab es in Kärnten offiziell 16.500 Arbeitslose, d.s. rund 10%. In diesen offiziellen Zahlen waren nicht enthalten:

-815 Bauarbeiter, die auf „Basiskurs" sind, das Höchstausmaß des Arbeitslosengeldes und 500S Taschengeld bekommen„

-120 Absolventen berufsbildender Schulen, die einen Fortbildungskurs machen. Sie bekommen ein Taschengeld von 700S - im Vorjahr erhielten sie noch den niedrigsten Satz vom Arbeitslosengeld, das war etwas höher als das „Taschengeld",

-all jene Arbeiterbauern, deren Wirtschaft den Einheitswert von 40.000S überschreitet, was in Kärnten eine nicht unbedeutende Zahl ausmachen dürfte,

-all jene, die sich nicht als arbeitslos melden, weil sie keine Unterstützung bekommen - und bei der derzeitigen Lage auch keine Arbeit: das sind v.a. verheiratete Frauen, die nach 5 Monaten keinen Anspruch mehr haben, Schüler und fertige Studenten (Lehrer), die 15% ausländische Arbeiter (von 4.500 in Kärnten), die auch hier „abgebaut" werden sollen.

Man greift nicht zu hoch, wenn man die Arbeitslosenrate für Februar/März auf rund 15% schätzt.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein großes Problem für die, die arbeitslos sind, sondern auch für die, die Arbeit haben. Die schlechte Lage der Arbeitslosen wirkt sich auf die in Arbeit stehenden Werktätigen aus: sie werden als Lohndrücker eingesetzt.

-Kärnten hatte z.B. nach Vorarlberg das niedrigste Brutto-Monatsverdienst je Industriebeschäftigten aufzuweisen (1975 und 1976) und die Steigerungen von 1975 auf 1976 waren mit 7,1% überhaupt die niedrigsten (Wifo-Bericht 5/77, S 231). Auch die Überzahlungen über die KV-Sätze waren im März 1976 die niedrigsten von Österreich.

-Für die in Produktion stehenden Arbeiter bedeutet die hohe Arbeitslosigkeit auch sehr oft verschärfte Arbeitshetze: beim Konkurrenzkampf in der Schuhindustrie 1974/1975 sperrten einige Betriebe in Kärnten zu: Planet, Neuner, und einige andere. Gabor in Spittal verschärfte in diesem Zeitraum unglaublich die Arbeitshetze für die Akkordarbeiterinnen. Heute geht dieser Prozeß in der Papierindustrie vor sich: Borregaad in Villach entläßt rund 60 Arbeiter, die Zellstoffabrik Rechberg in Südkärnten wird höchstwahrscheinlich demnächst zusperren und alle Beschäftigten auf die Straße setzen, und Frantschach, jener Papierbetrieb der noch am besten dasteht, hat bereits Rationalisierungen in größerem Ausmaß angekündigt.

-Die „notwendige Flexibilität der Arbeitskräfte" wird jetzt an den Kärntner Arbeitslosen ausprobiert. Pendeln viele Kärntner Werktätige sowieso schon bis zu 80km täglich zu ihrem Arbeitsplatz, so hat Sozialminister Weißenberg letztes Monat seine „neue Idee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" ausprobiert: mit Sonderzügen werden v.a. arbeitslose Bauarbeiter nach Wien gekarrt, weil dort „derzeit Posten frei sind". Seine Großaktion „Stellenlose mit Sonderzügen zu neuen Arbeitsplätzen" erfaßte bisher bereits rund 100 Kärntner Bauarbeiter. Was dieses „Großprojekt" für die Kärntner und Wiener Arbeiter bedeutet, das konnten sich die Arbeiter an fünf Fingern ausrechnen: Lohndruck für die Wiener Bauarbeiter, weil die Kärntner jetzt faktisch die Fremdarbeiterrolle übernehmen müssen und völlige Zerstörung der Familienverhältnisse, Verschlechterung der Wohn- und Arbeitsbedingungen, die auch ein etwas höherer Lohn nicht wettmacht, für die Kärntner Arbeiter.

In Kärnten hat das üble Argument „Lohnverzicht schützt Arbeitsplätze" bereits weitgehend die reale Basis, die sich die Sozialdemokratie in Staat und Gewerkschaftsführung zu nutze machte, verloren. Es haben sich aber auch die Bedingungen für den Lohnkampf und innerbetriebliche Auseinandersetzungen durch die hohe Arbeitslosigkeit verschlechtert: Die Dohung mit der Arbeitslosigkeit ist in Kärnten eine ganz reale Bedrohung vieler Werktätiger.

— Ein durchaus normales Beispiel:

Franz G., 44 Jahre, seit 21 Jahren Automechaniker in einer Werkstatt in Villach, derzeit arbeitslos, weil die Firma zugesperrt hat. Brutto verdiente er rund 9.400S, er hat ein Haus und Familie - zwei unversorgte Söhne, das konnte er sich nicht von den 9.400S leisten, sondern nur durch zusätzliche Überstunden und Pfuscharbeit. Heute kriegt er rund 6.000S vom Arbeitsamt (Unterstützung und Zulagen), was zur Erhaltung der Familie und seines üblichen Lebensstandards keinesfalls ausreicht.

Um nicht als Lohndrücker eingesetzt werden zu können, um nicht die gesamte Arbeiterschaft zu spalten, ist unbedingt notwendig, für ein Arbeitslosengeld von 80% vom Lohn für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Beiträge dafür müssen ausschließlich von den Unternehmern gezahlt werden.

Weiters: die Arbeitslosenversicherung ist in der Hand des Staates, der vom Staat geführten Arbeitsämter. Die Gelder werden dementsprechend im Interesse der Kapitalisten eingesetzt. Z.B. für sogenannte „Umschulungen". Im Kärnten ist es offenes Geheimnis, daß sich viele Unternehmer aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung subventionieren lassen. Das geschieht u.a. so, daß sie Beschäftigte unter dem Titel „Umschulungen" deklarieren und dafür Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung kassieren. So sparen sie Lohngelder und plündern die Arbeitslosenversicherungen.

Daher Arbeitslosenversicherung in Selbstverwaltung der Versicherten!

OAG Klagenfurt/Celovec

Veranstaltung der OAG Klagenfurt/Celovec:
„Arbeitslosengeld — 80% vom Lohn für die Dauer der Arbeitslosigkeit"
Als Rahmenprogramm: Martin Auer singt Arbeiterlieder. 19.4.78, 19.30 Uhr.
Ort wird noch bekanntgegeben

...bot der Überstunden!

weise auf den Lohn. Der individuelle Ausweg der Überstunden und die Spaltung der Kollegen gestatten es den Firmen, das Lohnniveau zu senken. In vielen Firmen hört man ganz offen: Was, Sie wollen eine Lohnerhöhung, Sie haben doch soundso viele Überstunden! Ist einmal die Arbeitswoche 42 oder 44 Stunden lang, was auch immer im Gesetz steht, erhält der Arbeiter im besten Fall weiterhin den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt, der sich ja durch die gestiegenen Reproduktionskosten erhöht hat.

In der Regel erhält der Arbeiter aber nicht einmal mehr den Wert seiner Arbeitskraft. Die gestiegenen Reproduktionskosten werden nach einiger Zeit – gar nicht mehr oder nur teilweise entgolten. Der aber relativ noch niedrige Lohn gestattet es den Kapitalisten, die Überstunden beizubehalten oder sogar noch auszudehnen.

Um diesen Angriffen eine Schranke zu ziehen, und um die Bedingungen für den Lohnkampf zu verbessern, ist es notwendig, ein Gesetz durchzusetzen, das alle Schlupflöcher für die Verlängerung des Arbeitstages beseitigt, und klar sagt: Überstunden sind verboten.

Jahr	Normal-arbeitszeit	Eisen- und Metall-verarb. Industrie Männ+Fr.	Eisen- und Metall-verarb. Industrie Männer	Maschinen-bauindustr.	Elektro-industrie	Chemieindustrie Männ+Fr.	Chemieindustrie Männer	Bekleidgs. industrie
1973	42 Std.	40,3	41,9	44,3	39,4	40,6	42,0	38,3
1974	42 Std.	40,2	41,7	44,2	39,2	40,7	42,7	39,8
1975	40 Std.	38,9	39,7	41,3	38,5	38,9	40,3	37,6
1976	40 Std.	39,6	40,7	42,2	39,5	40,8	41,8	38,0

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit in den letzten Jahren in der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie und einigen Unterabteilungen sowie in der Chemie- und, als Beispiel für Frauenarbeit, der Bekleidungsindustrie.

Die Zahlen haben vor allem eine relative Bedeutung. Sie zeigen die Zu- oder Abnahme von Überstunden. Da in die Statistik die teilzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten und kürzere Krankenstände eingehen, sagt sie nichts über die tatsächlich geleisteten Überstunden aus. Alarmierend ist aber auf jeden Fall, daß in 3 Branchen (Elektro-, Chemie- und Bekleidungsindustrie) 1976 um nichts weniger gearbeitet wurde als 1973 vor der Arbeitszeitverkürzung.

Das Programm des KB Österreichs zur Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit

„Zum Schutz der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen vor körperlichem und geistigem Verfall und zur Einschränkung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen, fordern die österreichischen Kommunisten im Interesse der Entwicklung der Fähigkeit der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen zum Kampf um die proletarische Revolution folgende gesetzliche Regelungen:

— 7-Stunden-Tag; 5-Tage-Woche; Verbot von Überstunden.

— Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, außer in Fällen, in denen sie aus technischen, vom Betriebsrat, wo dies nicht möglich ist, von der Gewerkschaft, anerkannten Gründen unvermeidlich ist; Beschränkung der Nachtarbeitszeit auf die Hälfte des Normalarbeitstages."

Speditionsangestellte: Lohnraubabschluß

Am 5.4. wurden die Kollektivvertragsverhandlungen für die Speditionsangestellten abgeschlossen. Das Ergebnis: Ab 1.5. 1978 werden die kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 5,9% erhöht, die bestehenden Überzahlungen über den Mindestlohn bleiben, in Schilling ausgedrückt, unverändert. Da der bisherige Kollektivvertrag schon mit 28.2. ausgelaufen war, wurde für die Monate März und April eine „Entschädigung" vereinbart, die für alle, mit Ausnahme der Lehrlinge und Teilzeitbeschäftigten, einheitlich S 400,- also S 200,- für jeden der beiden Monate, beträgt. Die Lehrlinge erhalten S 120,- und die Teilzeitbeschäftigten den aliquoten Teil der S 400,-, also etwa für Halbtagsbeschäftigte S 200,-. Ausbezahlt soll diese „Entschädigung" erst zusammen mit dem Urlaubsgeld werden.

Mit diesem Abschluß ist sowohl die Verschleppungstaktik der Kapitalisten als auch ihre Lohnraubabsicht abgesegnet worden. Noch am 16.3. hatten in Wien mehr als 200 Kollegen aus der Fachgruppe Speditionsangestellte auf einer Versammlung gefordert, daß ein Abschluß keinesfalls unter 6% liegen dürfe, daß ein Mindestbetrag von S 450,- sichergestellt und der Abschluß rückwirkend mit 1.3. wirksam werden müsse. Keine dieser Forderungen ist erfüllt worden.

Angesichts des offenkundigen Unmuts und der Kampfbereitschaft in sehr vielen Speditionsbetrieben hatte die Versammlung in Wien den Fachgruppenausschuß beauftragt, mit den angeführten Forderungen eine Unterschriftenaktion unter allen Speditionsangestellten Österreichs durchzuführen. Die führenden Sozialdemokraten im Fachgruppenausschuß hatten sich über diesen Beschluß der Kollegen hinweggesetzt. Erst wenn bei den Verhandlungen am 5.4. „neue Schwierigkeiten auftauchen sollten", sollte mit der Unterschriftenaktion begonnen werden. (Wir berichteten in der letzten Nummer des „Klassenkampf"). „Schwierigkeiten" sind nicht aufgetaucht, weil sich die führenden Sozialdemokraten über alle Forderungen der Kollegen hinweggesetzt und den Kapitalisten auf der ganzen Linie nachgegeben haben. Entsprechend groß ist auch die Empörung in der Kollegenschaft über diesen Abschluß. So hat z.B. der Betriebsrat der Spedition „Intercontinentale" in Linz beschlossen, das Verhandlungsergebnis abzulehnen. Auch auf einer Betriebsversammlung der Wiener Spedition „Express" kam die Empörung der Kollegen über den Lohnraubabschluß und insbesondere über den Wirksamkeitsbeginn und die provokante „Entschädigung" für die Verzögerung zum Ausdruck.

Es ist den Speditionskapitalisten zwar gelungen, den angestrebten Lohnraubabschluß trotz des großen Unmuts unter den Kollegen der Speditionsbranche durchzusetzen. Trotzdem schafft die Kampfbereitschaft der Kollegen, die im Zug der Kollektivvertragsverhandlungen zum Ausdruck gekommen ist, gute Ausgangsbedingungen für weitere Auseinandersetzungen.

Personalvertretungswahlen am psychiatrischen Krankenhaus Wien

Wahlbetrug – Wahlanfechtung

Vor etwa zwei Monaten entschlossen sich einige Bedienstete unserer Anstalt bei den PV-Wahlen der Gemeindebediensteten am 6. April auf einer eigenen Liste zu kandidieren, der „Liste Aktive Gewerkschaftsmitglieder". Das erschien ihnen angesichts der langjährigen „Kapitulationspolitik" der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsfraktionen umso notwendiger, als die Gemeinde zu immer schärferen Angriffen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bediensteten bläst. In einer solchen Situation wird es immer mehr Bediensteten klar, daß sie ihre Interessen gegenüber denen der Gemeinde nur durch selbständigen und einheitlichen Kampf aller Kollegen verteidigen können. Das von den Kollegen aufgestellte Forderungsprogramm (siehe Klassenkampf Nr. 5/78) sollte für diesen Kampf eine klare Richtung angeben, es sollte die Interessen der großen Masse der Bediensteten ausdrücken, damit sie sich einheitlich dahinterstellen können!

Im Zuge der Diskussionen um das Programm der LAG, der Auseinandersetzung mit den Programmen der sozialdemokratischen und christlichen Fraktion – die samt und sonders auf die Unterordnung der Interessen der Kollegen unter die Gemeindepolitik ausgelegt sind – kristallisierte es sich bald heraus, daß ihr Programm im großen und ganzen den gestellten Anforderungen entsprach. Wenn auch nicht in allen Fragen Einverständnis unter den Kollegen erzielt werden konnte, so wurden dennoch die Mehrzahl der Forderungen des Aktionsprogramms von sehr vielen Kollegen als grundsätzlich richtig angesehen.

Aufgescheucht durch die vielen Diskussionen der Kollegen, nahm die sozialdemokratische Fraktion schließlich Zuflucht bei offenen Lügen und Verleumdungen, sprach von „Gefährlichkeit" der Aktivitäten der „Liste".

Diese Hetze half ihnen aber nicht weiter bei ihren Plänen zur Einschüchterung und Zerschlagung der Liste. 40 Kollegen unterschrieben für die Kandidatur der Liste zu den VPA-Wahlen und Personalgruppenausschußwahlen (B,C,D,E – Pflege- und Med.Technischer Dienst). Auch als einigen Kollegen negative Dienstbeschreibungen ausgestellt wurden, ließen sich die Aktivisten und Sympathisanten der Liste nicht einschüchtern.

Die Zahl derer, die sich aktiv an der Herstellung und Verbreitung der Flugblätter im Betrieb beteiligten, nahm ständig zu. Sie stellten sich immer mutiger den Anfeindungen und Drohungen – vor allem von seiten der sozialdemokratischen Funktionäre – entgegen. Immer mehr Kollegen richteten ihren Blick auf die Vorschläge der Liste Aktive Gewerkschaftsmitglieder. Das erkannte auch die Gewerkschaftsführung. Nachdem sie die Kandidatur der Liste nicht hatte verhindern können, griffen sie zu handfesteren Maßnahmen:

Obwohl wir fristgerecht für die Kandidatur unserer Liste eingereicht hatten, wurde der Name der Liste nicht auf die offiziellen Stimmzettel aufgedruckt. Aufgedruckt waren aber die sozialdemokratische und die christliche Fraktion und – obwohl er überhaupt nicht zu den Wahlen kandidierte – der Gewerkschaftliche Linksblock. Durch diese hinterhältige Machenschaft gelang es den bürgerlichen Gewerkschaftsführern, eine beträchtliche Anzahl von Sympathisanten zu verwirren, und so die Wahl dieser Liste zu verhindern.

Während also die beiden anderen kandidierenden Fraktionen durch ankreuzen gewählt werden konnten, waren Wähler der LAG gezwungen, den Namen der Liste handschriftlich einzutragen – was um vieles länger dauerte, und daher den Wahlzeugen genauen Aufschluß gab, wer die „LAG" wählte! Das war eine krasse Benachteiligung der LAG! Von vielen Kollegen haben wir nach der Wahl persönlich erfahren, daß sie den in vollkommen ungesetzlicher Weise an 3. Stelle aufgedruckten – nicht kandidierenden – Linksblock (KPÖ) angekreuzt haben. Sie haben ihn mit der LAG verwechselt, weil es den meisten Kollegen bekannt war, daß sich im PKH nur 3 Wahlvorschläge zur PV-Wahl stellten. So sind 39 (!) ungültige Linksblock-Stimmen, die fast ausschließlich der LAG gegolten haben, verloren gegangen. Etliche andere Kollegen haben, nach ihren eigenen Aussagen, weil die LAG nicht am Stimmzettel war, erst wieder die sozialistische bzw. christliche Fraktion gewählt, manche haben aus lauter Wut überhaupt ungültig gewählt. Dennoch gab es schließlich 45 gültige Stimmen für die „LAG" (3,8%). Nach den ersten Stimmauszählungen waren es sogar noch 55 gewesen?!?

Die LAG will die Wahl anfechten

Die Kollegen ließen es sich nicht nehmen, am Wahltag Flugzettel vor der Anstalt zu verteilen, die das Täuschungsmanöver mit den Wahlzetteln aufzeigten. Dabei ließen sie sich auch nicht kleinkriegen, als sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre drohten, mit Gewalt gegen sie vorzugehen!

Überdies versuchte der Wahlvorstand (den die sozialdemokratische Fraktion stellte), der „LAG" noch durch eine Niederschrift im Wahlprotokoll, über angeblich unfaire Wahlpropaganda einen Strick zu drehen. Sie bezogen sich dabei auf zwei mit Flugblättern der „LAG" beklebte PKW's, die von Sympathisanten in der Nähe des Wahllokals aufgestellt worden waren. Als die beiden Wahlzeugen der Liste AG forderten, den Vorfall von jenem Dolmetscher der sozialistischen Fraktion, der den vielen Gastarbeitern klare „Anweisungen" gab, was sie zu wählen hätten, auch im Wahlprotokoll festzuhalten, wurde das vom Wahlvorstand in vollem Einvernehmen mit der FCG abgelehnt.

Das alles ist Grund genug, eine Wiederholung der Wahl anzustreben. Viele Kollegen haben aus diesem Vorgehen der Gewerkschaftsführung, und vor allem der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion, gegenüber einer selbständigen gewerkschaftlichen Organisierung von Kollegen so manches dazugelernt!

Ihnen und auch etlichen bisher schwankenden Kollegen wird die Entscheidung bei einer Wahlwiederholung nicht mehr sehr schwer fallen!

Aufruf des Zentralkomitees des KB Österreichs zum 1. Mai

Fortsetzung von Seite 1

russischen Luftwaffe — russische, kubanische und ostdeutsche Truppen in 20.000 Mann Stärke in Eritrea eingefallen. Die russische Aggression ist die Antwort auf die gewaltigen Siege der eritreanischen Befreiungsbewegung, die nach wie vor 90% des Territoriums von Eritrea hält. und auf den heroischen Kampf des Volkes und der Regierung von Somalia, die die neuen Zaren aus dem Land geworfen haben. Der russische Sozialimperialismus steuert heute am Horn von Afrika mit Besatzungstruppen, Massenmord und Bombenteppichen ein russisches Vietnam an. Arbeiter, Werktätige, Genossen! Fallen wir den Sozialimperialisten in den Arm! Tragen wir bei zum Sieg der Völker gegen diese verbrecherische Aggression! Helfen wir mit, daß das Horn von Afrika wirklich zum Vietnam des Sozialimperialismus wird. Alles für den Kampf der Völker am Horn von Afrika! Alles für eine vernichtende Niederlage der russischen Sozialimperialisten!

Solidarität mit den geknechteten Völkern Osteuropas!

Die Aggression am Horn von Afrika ist der vorläufige Endpunkt der Blutspur der russischen Sozialimperialisten, die mit der Invasion der CSSR 1968 begünnt, und sich über Angola, Zaire und unzählige andere Aggressionen zieht. Am 21. August jährt sich zum 10. Mal der Tag der Invasion in die CSSR. Am 21. August 1968 hat der russische Revisionismus erstmals sein sozialimperialistisches und sozialfaschistisches Wesen offen unter Beweis gestellt. Der 10. Jahrestag dieses Verbrechens muß zum Tribunal gegen die halbkoloniale Unterdrückung Osteuropas, zu einem Feldzug gegen den Sozialimperialismus, zum Tag der Solidarität mit dem Freiheitskampf der osteuropäischen Völker gemacht werden. Nutzen wir den 1. Mai, um diesen Feldzug zu beginnen!

Gegen die Kriegstreiberei der beiden Supermächte, vor allem des russischen Sozialimperialismus!

Jede neue Aggression des russischen Sozialimperialismus ist ein weiterer Schritt in seiner Kriegsvorbereitung. Fieberhaft bereiten sich beide Supermächte auf den Krieg vor. In Europa liegt der Schwerpunkt ihres Ringens. Verlauf und Ergebnis der sogenannten Friedens- und Entspannungskonferenzen, von der Belgrader Konferenz bis zu den SALT-Verhandlungen, haben gerade wieder anschaulich gezeigt, daß nicht die 'Tendenz der Entspannung' wächst, sondern die Kriegsgefahr. Am Horn von Afrika, im Nahen Osten, in Zimbabwe — dort geht es auch um den Frieden in Europa. Denn dort geht es für die Supermächte um strategische Positionen für den Krieg um und in Europa. Im März haben alle politischen Kräfte Österreichs den 40. Jahrestag der Annexion Österreichs durch den Hitlerfaschismus begangen. Der KB Österreichs hat aus diesem Anlaß aufgezeigt: Heute ist der russische Sozialimperialismus in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten. Der 1. Mai steht im Zeichen fieberhafter Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. Sorgen wir dafür, daß er auch im Zeichen des Kampfes gegen den Krieg, des Kampfes für den Frieden, des Kampfes insbesondere gegen den russischen Kriegstreiber Nr. 1 steht!

Gegen die reaktionäre Außenpolitik der österreichischen Bourgeoisie — Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs und den Frieden!

Der internationale Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus verlangt den Kampf um den Aufbau der breitestmöglichen Einheitsfront gegen die beiden Supermächte. Er verlangt von uns auch, den Kampf zu führen gegen die internationale Rolle und Politik der herrschenden Klasse in Österreich. Diese Rolle und Politik besteht in der Teilnahme an der imperialistischen Ausbeutung und Knechtung der Dritten Welt einerseits, im immer weiteren Ausverkauf der nationalen Unabhängigkeit Österreichs an die beiden Supermächte andererseits. Treten wir am 1. Mai auf gegen die Teilnahme Österreichs an der Ausbeutung und an Komplotten gegen Länder der Dritten Welt! Treten wir auf gegen die Politik der Abhängigkeit vom US-Imperialismus! Treten wir auch auf gegen die Liebedienerei und Beschwichtigung gegenüber dem russischen Sozialimperialismus und gegen dessen zunehmenden Einfluß in Österreich! Der Kampf für die nationale Unabhängigkeit ist ein wichtiger Beitrag zum Kampf gegen den Krieg und zur Verbesserung der Bedingungen des Klassenkampfes in Österreich.

Es lebe die Freundschaft mit dem sozialistischen China!

Der 1. Mai steht auch im Zeichen großer Siege des chinesischen Volkes, das soeben den V. Nationalen Volkskongreß erfolgreich beendet hat. Wir grüßen zum 1. Mai das sozialistische China und die anderen sozialistischen Länder!

Gegen die Politik des Lohnabbaus und der Aushöhlung des Arbeiterschutzes!

Der Klassenkampf ist nicht nur international, sondern auch in Österreich eine Realität. Der 1. Mai steht im Zeichen einer bevorstehenden neuerlichen Vertiefung der Wirtschaftskrise. Mit allen Mitteln wollen die Kapitalisten aus der Krise ihrer Profite herauskommen. Den Weg dazu suchen sie in einer gewaltigen Verschärfung der Ausbeutung und der staatlichen Ausplünderung. 600.000 Lohnabhängigen (Metallarbeitern, Chemiearbeitern, Industrieangestellten) sollen gegenwärtig noch nicht dagewesene Lohnraubabschlüsse bei den Kollektivvertragsrunden aufgezwungen werden. Überall in den Betrieben und in der Gewerkschaft müßte gegen die Politik des Lohnabbaus aufgetreten werden. Der 1. Mai fällt mitten in die Zeit der Verhandlungen. Auch er muß genutzt werden, um gegen die Kapitalistenpolitik aufzutreten. Und es geht nicht nur um den Lohn. Es geht auch um die Arbeitsbedingungen. Es geht darum, gegen die Pläne und Praktiken der Kapitalisten zur Aushöhlung des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung aufzutreten. Und schließlich geht es darum, eine nachhaltige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zu fordern. Denn erstens drohen in diesem Jahr 100.000 Arbeitslose oder mehr, und zweitens ist es gerade die schlechte Lage der Arbeiterklasse, die die drohende Arbeitslosigkeit zum Druck- und Erpressungsmittel macht.

1. Mai:
Veranstaltungen und Demonstrationen des KB

OAG Klagenfurt/Celovec: Festveranstaltung 27.4.78, 19.30 Uhr, Arbeiterkammer Klagenfurt, Saal 4
Demonstration: Treffpunkt Neuer Platz, 10 Uhr

Ortsgruppe Linz: Festveranstaltung 29.4.1978, 19 Uhr, Gasthof Lindbauer, Linke Brückenstraße, **Demonstration:** Von der ÖBB-Hauptwerkstätte über die Landstraße zum Hauptplatz, Treffpunkt 10 Uhr

Ortsgruppe Graz: Festveranstaltung: 30.4.78, 19.30 Uhr, Gasthaus Herbst, Lagergasse 12, **Demonstration:** Treffpunkt: 11 Uhr, Am Eisernen Torm über den Ring—Wielandgasse—Neuholdaugasse, Schlußkundgebung 12 Uhr, Neuholdaugasse 80

Ortsgruppe Wien: Festveranstaltung: 31.4.78, 19 Uhr. Gewerkschaftshaus Wien 4., Treitlstraße 3. **Demonstration:** Voraussichtlicher Treffpunkt Goethedenkmal, 10 Uhr

Ortsgruppe Salzburg: Festveranstaltung: 28.4.78, 19 Uhr, Braugasthof Alter Stern, Steinbruchstraße 1 (hinter dem Neutor) **Demonstration:** 10 Uhr, Abmarsch Lehener Stadion

Österreichische und ausländische Arbeiter — eine Klasse, eine Kampffront!

In besonderem Maß der kapitalistischen Ausbeutung und der Willkür des bürgerlichen Staates unterworfen sind die ausländischen Arbeiter in Österreich. Die österreichischen und die ausländischen Arbeiter sind Klassenbrüder. Am 1. Mai sollen die klassenbewußten österreichischen und ausländischen Arbeiter gemeinsam marschieren. Es geht am 1. Mai auch gegen die besonders krasse Ausbeutung, die elende Lage und die völlige Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter. Wir rufen zum 1. Mai die jugoslawischen und türkischen Kollegen und Genossen in Österreich auf: Macht den 1. Mai auch zu Eurem Kampftag! Macht die Maidemonstration der österreichischen Kommunisten auch zu Eurer Demonstration!

Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf — Volksabstimmung!

Noch weniger als im wirtschaftlichen Kampf kan im politischen Kampf von Ruhe und Beschaulichkeit die Rede sein. Der Kampf gegen das Atomkraftwerksprogramm ist gegenwärtig die wichtigste politische Massenbewegung in Österreich. Dieser Kampf ist in vollem Gange. Am 9. April haben 5.000 Menschen in Wien demonstriert. Mitte Mai soll nun vermutlich der seit langem geplante Parlamentsschwindel abgezogen werden. Aber es wird Demonstrationen und andere Aktionen geben. Die Losung ist: „Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf — Volksabstimmung!" Die Regierung wird die Sache deshalb nicht vor dem 1. Mai im Parlamentsplenum bringen wollen, um einen allzu stürmischen 1. Mai zu vermeiden. Das wird ihr nichts nützen. Der 1. Mai wird trotzdem stürmisch werden.

Für die Rechte der nationalen Minderheiten!

Auch der Kampf der Slowenen und der anderen nationalen Minderheiten sowie aller fortschrittlichen Kräfte des österreichischen Volkes gegen Chauvinismus und Zwangsgermanisierung und für ihre Gleichberechtigung nimmt wieder einen neuen Aufschwung. Slowenische, kroatische und ungarische Arbeiter, Bauern, Intellektuelle: Am 1. Mai wird für Eure Gleichberechtigung demonstriert! Am 1. Mai geht es auch darum, daß Ihr für Eure Gleichberechtigung demonstriert!

Arbeiter, Werktätige, Genossen! Eure Zukunft ist der Sozialismus!

Der Kapitalismus, in dem alle wichtigen Produktionsmittel Privateigentum des Finanzkapitals, die Massen des Volks aber der Lohnsklaverei unterworfen sind, bedeutet für Euch ein Dasein als bloßes Ausbeutungsobjekt. Die Ausbeutung ist die Grundlage der Knechtschaft in allen ihren Formen — des sozialen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit. Die Ausbeutung ist auch die Grundlage von immer wiederkehrenden Krisen, Katastrophen und Kriegen. Immer noch gilt das Wort von Karl Marx: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen!" Es gibt, solange es in unserer Gesellschaft Klassen, Klassengegensätze und Klassenkampf gibt, ist eine unbestreitbare Tatsache. Eine ebensolche und historisch erwiesene Tatsache ist, daß der Klassenkampf nur die sozialistische Revolution, den Sturz des bestehenden Staates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Kampf um den Aufbau des Sozialismus bis hin zur Errichtung der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft zum Ziele haben kann. Dieses Ziel der Arbeiterklasse, das sich aus dem Gang des Klassenkampfs selbst ergibt, ist auch das Ziel des KB Österreichs. Dieses Ziel und den Weg dorthin haben wir in unserem Programm niedergelegt. Dafür kämpfen wir mit allen unseren Kräften. Arbeiter, Werktätige, Genossen! Marschieren wir am 1. Mai gemeinsam für die sozialistische Revolution in Österreich! Sammeln wir neue Kräfte und machen wir den 1. Mai zu einem Meilenstein im Klassenkampf und im Kampf um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei!

Zentralkomitee
des
Kommunistischen Bundes Österreichs

Der „Klassenkampf", das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, erscheint jeden zweiten Donnerstag.
Abonnement: Jahresabonnement: S 150,-. Halbjahresabonnement S 75,-. Zu beziehen über Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien. Telefon: 0222/57-37-23
Redaktion: Postfach 52, 1042 Wien, Telefon: 0222/57-37-59, Journaldienst: Mo—Fr. 18 – 19 Uhr.
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. **Druck:** Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien.

Zum 17. Jugendgewerkschaftstag der GPA

Gegen die kapitalistische Berufsausbildung — Polytechnische Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr

In der letzten Nummer des „Klassenkampf" berichteten wir schon über den am 22./23. April bevorstehenden Jugendgewerkschaftstag der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA). Wir zeigten die schlechte Bezahlung der Lehrlinge und ihre Auswirkungen auf die Berufsausbildung. Wir zeigten, daß die vielgerühmte „Chancengleichheit" nur eine Phrase ist, denn für viele Arbeiterkinder wird eine Berufsausbildung unmöglich, da ihre Eltern sie nicht erhalten können. Mit der Lehrlingsentschädigung allein ist kein Auskommen möglich und die zusätzliche finanzielle Belastung einer Arbeiterfamilie ist dadurch groß. Verschärft wird dies durch das Ansteigen der Zahl von Lehrlingen, die in Heimen leben müssen, da sie in ihren Heimatorten keine Ausbildungsmöglichkeiten vorfinden. Wir sind daher der Auffassung, daß die Lehrlinge höher bezahlt werden müssen, um eine Berufsausbildung nicht schon auf Grund finanzieller Schwierigkeiten scheitern zu lassen. 75% vom Facharbeitermindestlohn bzw. Angestelltenmindestlohn, mindestens aber S 4.000,- sind unbedingt nötig.

In den letzten Jahren war es erstes Ziel der ÖGJ eine Reform des Berufsausbildungsgesetzes zu erreichen. Dazu diente die „Aktion 75" als Start, um später den Entwurf eines neuen Gesetzes zur „Neuordnung der beruflichen Bildung" zu schreiben. 1977 wurde dann vom Parlament eine Novelle zum Berufsausbildungsgesetz beschlossen. Diese Entwicklung sowie die Stellungnahme des 15. Bundesjugendkongresses (September 77) des ÖGB zu dieser Novelle muß eingeschätzt werden, um einen richtigen Vorschlag für den 17. Jugendgewerkschaftstag machen zu können.

Die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz und der 15. Bundesjugendkongreß

Die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, die auf einem Entwurf des Handelsministeriums beruht, verwirklicht keine einzige der wesentlichen Forderungen der ÖGJ, die im Verlauf der Aktion 75 aufgestellt wurden. Die Forderungen nach Loslösung der Lehrlingsstellen von der Handelskammer, nach dem 2. Berufsschultag, nach Bezahlung der Lehrlinge gemäß einem prozentuellen Anteil vom Facharbeiterlohn und einiges mehr, haben im neuen Gesetz keinerlei Niederschlag gefunden.

Dennoch bezeichnet die ÖGJ-Führung diese Novelle als Erfolg. Mit dieser Aufassung konnte sie sich am 15. Bundesjugendkongresses jedoch nur zum Teil durchsetzen. Der Unmut über den Betrug an den Forderungen der Lehrlinge war sehr groß. So forderte der 15. Bundesjugendkongreß „trotz" der neuen Novelle neuerlich eine „gänzliche Neuordnung der beruflichen Bildung." (Siehe dazu unsere Berichterstattung im Klassenkampf 17, 19, 20 und 21/77)

Was können wir daraus lernen?

Die spontanen Forderungen der Arbeiterjugend in der Aktion 75 wurden von der Gewerkschaftsführung schon nur mehr verwässert in einem Gesetzesentwurf zusammengefaßt. In über einem Jahr sogenannter „harter Geheimverhandlungen" wurden auch diese verwässerten Vorstellungen beseitigt.

So gehts nicht. Was not tut, ist eine klare Orientierung, klare Forderungen, die nicht ständig zurückgenommen oder verwässert werden können. Weiters eine Absage an die Taktik der Geheimverhandlungen und der paritätischen Kommissionen, zugunsten einer offenen und öffentlichen Mobilisierung der Arbeiterjugend. Wie sollte sie sonst Einfluß auf den Gang der Dinge nehmen?

Kapitalistische Berufsausbildung oder polytechnische Ausbildung?

Eine der „heiligen Kühe" der Kapitalistenverbände und auch der Gewerkschaftsführung ist das gespaltene Ausbildungswesen.

Einerseits die Lehrlingsausbildung, andererseits die Höhere Schulbildung. Weder das eine noch das andere erreichen ca. 20% der Jugendlichen, die nach der Pflichtschule — Hilfsarbeiter oder Anlernlinge werden.

Gut ist das nur für die Kapitalisten. Dieses Bildungswesen schafft für sie die Anzahl Lohnarbeiter, aber auch die Anzahl von Lohnabhängigen mit höherer Bildung für mittlere und höhere Arbeiten, die sie brauchen. Was soll also das Gerede von Chancengleichheit, wenn von vornherein feststeht, daß die Mehrheit der Jugend höchstens Hauptschulbildung mit anschließender Berufsausbildung erhält?

Die Kapitalisten verteidigen besonders die enge berufsbornierte Ausbildung — heute gibt es 229 Lehrberufe. 4 von 5 Lehrlingen lernen in einigen wenigen Berufen, daher können nachher viele ausgebildete Facharbeiter nicht in ihrem Beruf arbeiten — sie werden ebenfalls zu angelernten Arbeitern herangedrückt. Umgekehrt ist es genauso: Lernt jemand einen sehr ausgefallenen Beruf, wie Lebzelter, Glasmaler oder Kappenmacher, ist die Frage, ob er je Arbeit erhält in seinem Beruf. Besonders deutlich ist das bei den Arbeiterinnen im Akkord oder am Fließband, von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil Verkäuferin, Friseurin oder Schneiderin gelernt hat. Soviele junge Mädchen, die diese Berufe erlernen, werden niemals gebraucht. Sie sind in ihrer Lehrzeit nur billige Arbeitskräfte. Die kapitalistische Produktion und das ihr angepaßte Bildungswesen bringen eine ständige Dequalifizierung der Arbeiter mit sich. Heute lernen viele einen Beruf, dennoch sinkt der Facharbeiteranteil in der Industrie ständig ab. Die Einführung neuerer und besserer Maschinerie zwingt die Arbeiter trotz Berufsausbildung zu einfachen Handgriffen und angelernter Tätigkeit. Das Lehrlingswesen ist etwas Altes. Es stammt aus der Zeit des Gewerbes, aus der vorindustriellen Epoche. Die moderne Industrie hat sich aber auch das Lehrlingswesen unterworfen. Ein Beispiel: Die handwerklichen Fähigkeiten eines Tischlers, Schusters usw. treten zurück. Entscheidend werden seine Kenntnisse über die Maschinerie, mit der Möbel, Schuhe usw. erzeugt werden. Entscheidend wird eine gute Grundausbildung über die Hauptzweige der Produktion, aufder eine Spezialisierung der verschiedenen Produktionszweige aufbauen kann. Nicht umsonst fordert daher die Arbeiterbewegung seit über hundert Jahren eine polytechnische Ausbildung, d.h. eine theoretische und praktische Ausbildung in allen Hauptzweigen der Produktion. Die Kapitalistenverbände wollen eine Stärkung und Förderung der Lehrlingsbildung — das ist klar, sie wollen im Lehrling eine billige Arbeitskraft erhalten, sie wollen ihre direkte Macht über die Berufsausbildung im Betrieb behalten. Will die Gewerkschaftsjugend die Interessen der arbeitenden Jugend voranbringen, muß sie diese Auffasungen bekämpfen, sich nicht auf den Ausbau der berufsbornierten Lehrlingsbildung festlegen.

Nach allen Erfahrungen mit den bisherigen Reformen des Ausbildungswesens, einschließlich der bekannten Pläne nach einer „Gesamtschule bis zum 15. Lebensjahr", welche das gespaltene Bildungswesen in keiner Weise antastet, taucht immer mehr die Vorstellung von einer einheitlichen Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr auf:

* es gibt eine Reihe von Jugendgewerkschaften, die einen solchen Weg einschlagen wollen.
* Die Sozialistische Jugend Österreichs vertritt seit kurzem ebenfalls diese Auffassung. Sie fordert „die integrierte Gesamtschule der 6 – 18 jährigen mit polytechnischer Ausbildung" (beschlossen am 26. ordentlichen Verbandstag der SJÖ und der Landeskonferenz der SJ-Wien vom November 1977).

So unausgegoren diese Vorstellungen zum Teil noch sind, zeigen sie doch, daß aus der bisherigen Entwicklung und den Erfahrungen der letzten Jahre richtige Lehren gezogen werden. Wichtig ist es auch in der Privatangestelltenjugend, wie in der gesamten Gewerkschaftsjugend diese Lehren zu ziehen und den Kampf um die polytechnische Einheitsschule aufzunehmen.

Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr — polytechnische Bildung

Die Einheitsschule soll der Jugend beiderlei Geschlechts eine einheitliche, polytechnische (alle Hauptzweige der Produktion umfassende) und allgemeine Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr vermitteln. Eine Ausbildung, welche die Arbeiterklasse befähigt, die Produktion selbst zu leiten, sich in alle Staatsgeschäfte einmischen zu können und letztlich selbst die Macht auszuüben. Diese Ausbildung muß daher eng mit der produktiven Arbeit verbunden sein, denn dadurch wird die Jugend direkt durch die erwachsenen Arbeiter geschult, kann von ihren Erfahrungen in der Produktion und im Klassenkampf lernen. Eine solche Ausbildung kann nicht den Händen der Kapitalisten liegen. Sie muß von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen geleitet und geführt werden. Die Erkämpfung eines solchen Ausbildungs- und Erziehungswesens ist natürlich keine Sache von heute auf morgen. Dies ist nur möglich durch den umfassenden Klassenkampf gegen die herrschende Klasse gänzlich verwirklicht und ausgebaut werden kann diese Schule erst, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat. Heute sind auf dem Weg zur Einheitsschule Forderungen notwendig, die darauf abzielen, den Einfluß der Kapitalisten auf die betriebliche und schulische Ausbildung zu unterbinden und zurückzudrängen.

* Recht für jugendliche Arbeiter und jugendliche Arbeitslose auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule.
* Recht auf Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Lehrabschlußprüfung ablegen können.
* Volle Bezahlung der Tage, die die jugendlichen Arbeiter in der Berufschule verbringen, durch die Kapitalisten.

* Berufschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen.
* 40 Stunden Schulzeit und Einführung der 5-Tage-Woche für den Blockberufschulunterricht.
* Schaffung und Ausbau von Lehrwerkstätten in den Berufschulen durch den Staat
* Finanzierung der Kantinen in den Berufschulen durch den Staat
* Kostenlose Bereitstellung sämtlicher Lehrbehelfe an den Berufschulen durch den Staat
* Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte an den Berufschulen.

Diese Forderungen haben schon in der Aktion 75 eine praktische Rolle gespielt, sind zum Teil Gegenstand von gewerkschaftlichen Beschlüssen. Sie haben auch zum Teil in spontanen Bewegungen der Arbeiterjugend eine Rolle gespielt.

Genauso wie es heute keine gewerkschaftliche Jugendarbeit ohne den Kampf für ein Ausbildungswesen im Interesse der Arbeiterjugend geben kann, ist es auch unmöglich, auf dem kommenden Jugendgewerkschaftstag an so aktuellen zentralen Fragen vorbeizugehen wie:

* der Einschätzung und Kritik der Aktion 75
* der Ablehnung der neuen Novelle zum Berufsausbildungsgesetz
* dem Beschluß von geeigneten Forderungen, welche es der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ermöglichen, alle Kräfte der Arbeiterjugend in diesen Fragen zu mobilisieren.

8.4.1978

Leserbrief

An die „Klassenkampf"-Redaktion

Euren Artikel zum 17. GPA-Jugendgewerkschaftstag finde ich soweit in Ordnung und kann man schon brauchen, auch wenn ich aus eigener Erfahrung glaube, daß das mit den Forderungen, die Ihr da stellt, nicht so einfach durchzusetzen sein wird, weil die „Genossen" einfach zu dick im Sattel sitzen. Die haben tausend Tricks mit dem Statut auf Lager, daß dir hören und sehen vergeht, wenn die was nicht paßt in der Gruppe. Und sonst fliegst du eben hinaus. Das habt ihr auch vergessen zu schreiben: Warum sind es denn so viel weniger Gruppen geworden, statt mehr? Weil sie jede auflösen, die nicht ihrer Meinung ist oder die ihnen zu „radikal" ist. Und die sie nicht aus diesem Grund auflösen, die ruinieren sie eben anders, am meisten mit ihrer Lahmarschigkeit und ihrer Kriecherei vor der Regierung. Wer will schon bei so einem Schwanzeinzieherverein dabei sein, der immer bei den Kongressen große Reden schwingt und dann sich wieder ins Loch verkriecht und froh ist, wenn er in Ruhe Tischtennisspielen kann und der Benya und der Kreisky ihn nicht schief anschauen. Das zweite, was mit an dem Artikel nicht ganz paßt, ist die Begründung für die Prozentforderung bei den Lehrlingsentschädigungen. Der Vorteil davon wäre doch vor allem der, daß es dann für die erwachsenen Kollegen und für uns Lehrlinge ums gleiche ginge und keine so große Spaltung mehr wäre. Das solltet ihr schreiben.

Warum verkauft Ihr die Zeitung nie bei der Berufsschule, dort agitieren jetzt überhaupt nur mehr die Nazis.

Beste Grüße,
P.P.

Linz: Öffentliche ANR-Gründungsversammlung verhindert

Mit Schmieraktionen gegen KB-Plakate und dem vereinzelten Auflegen von Flugblättern auf der Uni Linz glaubte eine Handvoll Linzer Rechtsradikaler „die Gründung einer Aktivistengruppe der ANR mit Standort Linz“ genügend vorbereitet. Am 31. März sollte die öffentliche Gründungsversammlung in einem Linzer Gasthaus stattfinden. Daraus wurde nichts. Statt der Gründungsversammlung fand vor dem Gasthaus eine antifaschistische Kundgebung einer breiten Aktionseinheit (KB, MLS, VSStÖ, SJ, Gewerkschaftsjugend, KSV, KJÖ, Frauenkollektiv, GRM) statt. Auch der Wirt hatte, als er vom Charakter der Veranstaltung erfuhr, die Rechtsradikalen ausgeladen. Zwar verlangten zahlreiche Organisationen, darunter die ÖGB-Exekutive — in Protestschreiben an Sicherheitsdirektion und Innenminister eine Untersagung der Versammlung und ein Verbot der ANR.

Tatsächlich hätte die Zahl der Antifaschisten, die der ANR entgegentraten, um ihre Umtriebe in Linz im Keim zu ersticken, noch viel größer sein können. Denn offensichtlich wollte sich der ÖGB auf einen verbalen Protest als Zugeständnis vor allem an seine jugendlichen Mitglieder beschränken. Wie anders ist die Anweisung des Landespräsidiums an die ÖGJ-Führung zu verstehen, jegliche Mobilisierung zur Kundgebung zu unterlassen. Die KP-Revisionisten, in der Aktionseinheit nur mit KJÖ und KSV vertreten, betrachteten das Auftreten gegen die ANR offenbar nur als Sache der Jugendlichen. Die Partei selbst rief nicht dazu auf. Gleichzeitig betätigten sich die Führer von KJÖ und KSV innerhalb der Aktionseinheit als entschiedenste Feinde einer geschlossenen, kämpferischen Aktion. Sie versuchten von vorneherein mit allen Mitteln, der Demonstration eine Taktik der Wehr- und Gewaltlosigkeit gegenüber den braunen Schlägern aufzuzwingen, konnten aber die Einrichtung einer entsprechend ausgerüsteten Ordnertruppe nicht verhindern.

Sie versuchten, den Kommunisten die Verbreitung ihrer Publikationen zu verbieten, mit dem Druckmittel, selbst aus der Aktionseinheit auszusteigen. Als sie sich damit hoffnungslos isoliert hatten, stiegen sie wieder ein. Vor allem aber versuchten sie, von der Hauptstoßrichtung des Kampfs gegen die Förderung und Begünstigung des braunen Sumpfs abzulenken, vom Kampf gegen den bürgerlichen Staat und die Reaktion der herrschenden Klasse, vorangetrieben, und die bürgerlichen Parteien, die SP-Regierung an der Spitze.

Aber gegen ihren Einspruch war eine der Hauptlosungen der Kundgebung: „Vorwärts im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion!“

Ortsgruppe Linz

Kommunistische Studentenzeitung Nr. 2 erschienen

„Es ist notwendig, daß die Kommunisten unter den Studenten umfassende politische Arbeit leisten, zu allen Fragen des politischen Lebens Stellung beziehen und die Studenten in all diesen Fragen für den Standpunkt der Arbeiterklasse zu gewinnen suchen.

Für die Erfüllung dieser Aufgabe haben sich die Bedingungen seit der Gründung des KB entscheidend verbessert: Mit Programm und Statut, mit Zentralorgan und Theoretischem Organ haben die Kommunisten scharfe Waffen in der Hand, die für den Kampf um die Köpfe und die Herzen der Studenten eingesetzt werden können.“

„In allen Fragen des praktischen politischen Kampfs der Arbeiterklasse und des Volkes müssen die Kommunisten entschieden auf den Zusammenschluß der fortschrittlichen Studenten mit den Arbeiter- und Volksmassen hinarbeiten.“ (Aus der Reslution der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des KB zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten).

Die **„Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten“** ist im Sammelband **„Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs“** enthalten (150 Seiten, Preis S 50,-) und auch als **Separatdruck** (16 Seiten, Preis S 2,-) erhältlich.

Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Bücher und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.


Kommunistische Studentenzeitung

Für die Rücknahme des Pädagogikums

Aus dem Inhalt der KSZ Nr. 2:

— Für die Rücknahme des Pädagogikums
— Israel — „Staat ohne Grenzen“
— Spendenkampagne des KB Österreichs: 1 Million Schilling für den Parteiaufbau!
— Große Lohnrunden: Kapitalisten und Gewerkschaftsführung bereiten Lohnraub vor.
— Heftige Kritik der Studenten am Kunsthochschulstudiengesetz
— Nieder mit der sowjetischen Aggression am Horn von Afrika!
— Verschärfte Unterdrückung äthiopischer Studenten in der Sowjetunion
— Was geschieht in Chinas Bildungswesen?
— Auseinandersetzung mit Heinrich Mann am Germanistischen Institut Wien

Die KSZ wird gemeinsam von MLS Wien, MLS Linz und MSB Salzburg herausgegeben und ist über die Redaktion der KSZ, 1080 Wien, Mölkergasse 3, zu beziehen. Einzelpreis S 4,- Jahresabonnement S 40,-.

Menschenunwürdige Zustände im Hainb

Viel ist in den letzten Monaten die Rede vom Defizit der Spitäler. Kapitalisten und Politiker versuchen den Anschein zu erwecken, daß in den Spitälern zu viel verschwendet wird, das Personal zu faul ist und überhaupt zu viele Menschen zu lange und zu oft im Spital liegen. Im folgenden werden die Eindrücke eines Hainburger Lesers über das Spital in der niederösterreichischen Gemeinde geschildert:

Das Gebäude ist eine ehemalige Kaserne, die nach dem 2.Weltkrieg umgebaut wurde. Seitdem ist nicht mehr viel geschehen. Daß die Patienten, die nahe den Fenstern liegen, so häufig über Kreuzschmerzen und Erkältung klagen, liegt am kalten Ostwind, der durch die Ritzen pfeift. Dieser kalte Ostwind bläst auch recht intensiv durch den Operationssaal, da seit Jahren die Klimaanlage undicht ist.

Das Bad in diesem Spital ist ein Raum, der nur durch einen kleinen Strahler an der Wand beheizt wird. Warm wird es im Winter in diesem Bad nie. Nicht zufällig bekommen ältere Patienten 1 bis 2 Tage nach einem Vollbad oft eine Lungenentzündung, von der sie sich nur schwer erholen, und an der manche Menschen sterben.

Eine reichhaltige Tierwelt hat sich im Gemäuer und in den Heizungsrohren angesiedelt: immer wieder ist es notwendig, Instrumente aus dem Operationssaal ihrem Zweck zu entfremden und damit Ratten zu jagen. Und wenn Patienten rufen: „Herr Doktor, lauter schwarze Käfer!“, so handelt es sich dabei keineswegs um eine Halluzination, sonder um bis zu 10cm lange Insekten, die im Gänsemarsch Streifzüge durch die Krankenzimmer unternehmen.

Die chirurgische Station des Spitals umfaßt normalerweise 105 Betten. Sind die Betten belegt, wird „eingeschoben“. Oft sind dann die Zimmer so angefüllt mit Betten, daß man sich kaum mehr zwischen den Betten durchzwängen kann. Auch ist es keine Seltenheit, daß auf den kalten zugigen Gängen Betten aufgestellt werden müssen. Eingeschoben werden aber nur Patienten — zusätzliches Personal für die Mehrarbeit steht nicht zur Verfügung.

Die Arbeitsbedingungen des Personals

Seit November gibt es einen Aufnahmestop für Krankenschwestern. Dabei ist die Arbeit in den letzten Monaten keineswegs weniger geworden.

Neben der „normalen“ Stationsarbeit, wie Betten machen, Medikamente ausgeben, Patienten verbinden etc. müssen die Schwestern teilweise dieselbe Arbeit leisten wie auf einer Intensivstation. Sie müssen die frisch operierten Patienten und Verletzten nach schweren Verkehrsunfällen überwachen, was eine besonders verantwortungsvolle Tätigkeit ist. Besonders arg ist es in der Nacht. Da sind nur 2 Schwestern anwesend für die über 100 Patienten. Ab 3 Uhr in der Früh müssen die Nachtdienst-Schwestern schon mit der Morgenarbeit beginnen: Patienten wekken, waschen, Bettenmachen. Die S 116,- Zulage, die die Schwestern für einen solchen Dienst bekommen, erscheinen da den Bediensteten eher als Almosen.

Oft genug werden die Schwestern mit der Arbeit nicht fertig und machen „freiwillige“ Überstunden. Überstunden werden prinzipiell nicht ausgezahlt sondern können nur durch Zeitausgleich im Verhältnis 1:1 (!) abgegolten werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn sich eine Schwester finden läßt, die den Dienst der anderen übernimmt. Viele Streitereien hat es unter den Schwestern schon gegeben wegen dieses Zeitausgleichs. Inzwischen ist es so weit gekommen, daß sich kaum mehr eine Schwester darum bemüht, sondern dem Spital viele Überstunden „geschenkt“ werden. „Krankenschwester ist man aus Liebe zum Menschen, da fragt man nicht nach dem Geld und der Arbeitszeit“ — das ist die Devise des Primars und der Verwaltung. Sie sind sich gesinnungsmäßig in dieser Frage mit dem Bundeskanzler Kreisky einig, der meint, daß in den Spitälern immer noch viel zu viel Zeit vom Personal vergeudet wird, die es gilt wegzurationalisieren.

Die Diensteinteilung im Spital würde es verdienen, ein wohlgefälliges Auge des Bundeskanzlers auf sich zu ziehen. Zwischen 12—15 Uhr, einer wenig arbeitsintensiven Zeit, werden die meisten Schwestern nach Hause geschickt, um dann am Nachmittag die Stationsarbeit weitermachen zu müssen. So hat man (auf dem Papier) die 40-Stunden-Woche. Daß man von den 3 Stunden Freizeit zu Mittag nicht viel hat, bestätigen die meisten Schwestern. Einige bleiben überhaupt gleich auf der Station, weil es sich gar nicht auszahlt, nach Hause zu gehen.

Die Folgen für die Patienten

Auch an Ärzten wird in dem Spital gespart. So gibt es neben dem Primar und Oberarzt nur noch 5 Ärzte, die aber alle nicht länger als 1,5 Jahre mit dem Studium fertig sind und über wenig medizinische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen. Die Narkosen werden schon seit über einem Jahr von Ärzten gemacht, die nur kurzfristig dafür angelernt wurden. Folge: Während einer Operation wird durchschnittlich jeder Patient ein- bis zweimal blau im Gesicht.

Für jeden Arzt gibt es so viel Arbeit, daß er kaum dazu kommt, seinen Kollegen etwas zu erklären. Natürlich passieren dann allerhand Dinge, die für die Patienten verhängnisvolle Folgen haben.

Die Masse der Patienten sind Arbeiter, kleine Bauern und Landarbeiter. Die Hetze bei den Operationen hat oft schwerwiegende Folgen für sie. Wird in der Eile ein Gefäß nicht sorgfältig unterbunden, dann blutet es eben weiter und ein 52 Jahre alter Mann stirbt „an einer Säuferleber“ (so die offizielle Erklärung). Ein 17-jähriger Bursch kommt 3 Wochen nach einer Blinddarmoperation ins Spital, liegt im Sterben, den Bauch voll Blut und Eiter, eine Naht ist aufgegangen, nur noch die Transferie-

Die sowjetische Aggression am Horn
In diesem Beitrag, dem Referat auf einer Veranstaltung der MLS Wien, wird die Vorgeschichte der russischen Aggression am Horn berichtet und die gegenwärtige Lage ausführlich eingeschätzt.

Die Slowenen in Kärnten (4. Teil)
Dieser Artikel setzt die Artikelserie mit dem Teil über die Entwicklung 1949 bis in die 60er-Jahre fort. Der Artikel zeigt die Methoden des imperialistischen Kapitalismus bei der Verwandlung des slowenischen Ge-

rger Krankenhaus

rung auf eine Intensivstation kann ihn retten....

Um diesen und ähnliche Fälle nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, werden die Beschäftigten gezwungen, Erlässe über die Schweigepflicht zu unterschreiben.

Neben diesen spektakulären Fällen gibt es das „Gewöhnliche". Alte Menschen, kaputt von jahrzehntelanger Lohnarbeit. Diese Menschen haben neben der Krankheit, wegen der sie ins Spital kommen (z.B. ein Schenkelhalsbruch) meist eine Fülle von anderen Krankheiten: Schmerzen an der Wirbelsäule, Herzschwäche, Durchblutungsstörungen, Zuckerkrankheit, Harnweginfektionen. Notwendig wäre bei solchen Menschen eine genaue und umsichtige Durchuntersuchung, und daraus folgend, eine Behandlung der verschiedenen Leiden. Stattdessen hört man von den Ärzten immer wieder die Meinung: „Was soll man mit dem Vater noch viel machen, der stirbt uns eh bald." Diese Haltung wird initiiert von der Verwaltung, die immer wieder Erlässe zum Sparen von Medikamenten und teuren Untersuchungen herausgibt. Geht man von dem Prinzip des Profits aus, wie es die Verwaltung und überhaupt die Regierung tut, ist es „wirtschaftlich" natürlich nicht vertretbar, einem Pensionisten noch teure Behandlungen zukommen zu lassen. Unter den Spitälern in Niederösterreich ist dieses Spital sozusagen ein Musterbeispiel für „wirtschaftliches" Haushalten: 1977 wurden insgesamt um S 10.000.- weniger ausgegeben als 1976. Wenn sich Verwaltung und Primar dieser Erfolge rühmen, dann rühmen sie sich letzten Endes der Beseitigung einer ganzen Anzahl von alten Menschen, die an Lungenentzündung, offenen Wunden, durch das lange Liegen und an ähnlichen, aus mangelnder Pflege resultierenden Krankheiten im letzten Jahr im Spital gestorben sind.

Am Gerede der Kapitalisten und ihrer Politiker über die Verschwendung in den Spitälern ist kein Wort wahr, wenn man unter „Verschwendung" nicht die Behandlung von Menschen versteht, die den Kapitalisten keinen Profit mehr bringen können, — diesen Schluß kann man auf jeden Fall aus den Zuständen in dem Spital ziehen. Weitere Einsparungen im Gesundheitswesen würden die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal noch weiter verschlechtern und das Los der Patienten noch elender machen.

Alle die geschilderten Eindrücke zeigen, wie notwendig es ist, eine Front aufzubauen gegen die Einsparungsmaßnahmen des Staates im Gesundheitswesen und gegen die Rationalisierungspläne der Regierung.

Slowenen bei Kreisky eingeladen

Weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche

Auf Einladung von Bundeskanzler Kreisky fanden am 3. April in Wien Gespräche zwischen ihm und führenden Mitgliedern des Zentralverbandes slowenischer Organisationen und des Rates der Kärntner Slowenen statt.

Der Besuch beweist, daß die Regierung den Kampf der Kärntner Slowenen nicht negieren kann und sich gezwungen sieht, mit den legitimen Vertretern der slowenischen nationalen Minderheit auch außerhalb der Volksgruppenbeiräte Gespräche über ihre gerechten Forderungen zu führen. Die slowenischen Organisationen betonten ihrerseits immer, daß sie jederzeit zu Gesprächen mit der Regierung auf gleichberechtigter Grundlage, als einzige Vertreter der slowenischen Minderheit, über die Erfüllung der konkreten Rechte bereit sind.

Die halbe Zeit des Treffens versuchte der Bundeskanzler, die Minderheitenvertreter davon zu überzeugen, wie gut die Minderheitenbeiräte sind, und daß sie diese doch endlich beschicken sollten.

Doch was vor einem Jahr Unkraut war, ist inzwischen immer noch Unkraut. Die Vertreter der slowenischen Minderheit wiederholten diesbezüglich nur noch einmal ihre Haltung — konsequente Ablehnung des Volksgruppengesetzes und der Volksgruppenbeiräte. Sie machen sich keine Illusionen darüber, daß die Regierung nach wie vor an der Durchsetzung des Volksgruppengesetzes gegen das Volk festhält. Die 29 anhängigen Gerichtsverfahren gegen slowenische Aktivisten sind ein Teil dieser Politik der Bourgeoisie.

Die Vertreter der slowenischen Minderheit konfrontierten den Kanzler konkret unter anderem mit der Forderung nach einer zweiten slowenischen Mittelschule. Eine solche entspricht dem Bedürfnis der Minderheit, denn gerade in Bereichen wie Wirtschaft und Technik haben Slowenen keine Möglichkeit, angesichts des vor allem geisteswissenschaftlich orientierten Gymnasiums Klagenfurt/Celovec, in ihrer Sprache ausgebildet zu werden.

Der Bundeskanzler sprach davon, daß die Regierung beabsichtige, eine Untersuchungskommission über die wirtschaftliche Situation besonders in Südkärnten einzusetzen. Tatsächlich wird es der Bourgeoisie dort immer heißer unter dem Hintern, denn die Arbeitslosigkeit ist dort schon jetzt weit über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt, im Bezirk Völkermarkt/Velikovec beispielsweise über 10%. Die Kommission soll unter Leitung des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt und Wirtschaftsprofessors Nußbaumer stehen, und nach Meinung Kreiskys könnten dieser Kommission auch Kärntner Slowenen angehören — in dieser für die Regierung sehr schwierigen Lage bezeichnenderweise auch ohne Anwesenheit im Volksgruppenbeirat.

Die Verantwortung für die kapitalistische Wirtschaftskrise liegt jedoch weder bei den Kärntner Slowenen noch beim österreichischen Volk, sondern bei den Kapitalisten. Deshalb wird das Interesse der Minderheit vermutlich recht gering sein, sich den Kopf der Bourgeoisie zu zerbrechen. Die Angehörigen der Minderheit werden sich mit den übrigen österreichischen Werktätigen gemeinsam am Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Krise und gegen ihre Ursache — das kapitalistische Ausbeutersystem beteiligen.

An der Rechtlosigkeit und der reaktionären Politik der Regierung ändert sich durch diese „Kommission" gar nichts. Die Slowenen werden um ihre volle politische Gleichberechtigung kämpfen, um die Durchsetzung ihrer Rechte. Dabei finden sie im österreichischen Volk immer mehr Unterstützung. Kein Manöver der Regierung wird letzten Endes daran etwas ändern.



In Linz fand am 11.4. die Berufungsverhandlung gegen Stefan Petjak statt. Er wird beschuldigt, slowenische Aufschriften an öffentlichen Gebäuden angebracht zu haben. Er wurde in Salzburg zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Die reaktionären Prozesse gegen Aktivisten der Kärntner Slowenen (in den letzten Wochen fanden zwei weitere Verfahren in Klagenfurt/Celovec, und in Salzburg statt) stoßen auf wachsenden Widerstand. Der KB Österreichs rief stets dazu auf, die Prozesse zu Tribunalen gegen die Minderheitenpolitik der Regierung zu machen. Ganz gleich, an welchen Ort die Staatsgewalt diese Verfahren verlegt, gibt es dort Protestaktionen. In Linz wurde bereits vor dem Prozeß in Balkenlettern am Gerichtsgebäude eine Parole gegen die Prozesse angebracht. Bei der Eröffnun des Verfahrens entrollten einige der anwesenden Zuschauer ein Transparent.

Die Anwälte forderten gleich zu Anfang, den Prozeß Slowenisch zu führen. Das Gericht lehnte dies ab

Die beiden Anwälte, die Vorsitzenden der slowenischen Zentralorganisationen, forderten daraufhin die Verlegung des Prozesses an einen Ort, wo das Gericht endlich bereit sein würde, Slowenisch als Verhandlungssprache zuzulassen. Nach einer halbstündigen Beratung beschloss der Senat des Oberlandesgerichtes, dem Antrag stattzugeben, über den jetzt der Oberste Gerichtshof befinden wird.

Gedenkfeier für France Pasterk Lenart

Am 9. April fand in Eisenkappel/Železna Kapla eine Gedenkkundgebung des Verbandes Kärntner Partisanen zu Ehren des Volkshelden France Pasterk-Lenart statt, der mit 120 anderen antifaschistischen Freiheitskämpfern am Friedhof des Ortes begraben liegt.

Schon vor dem 2. Weltkrieg war F. Pasterk als bewußter Slowene und Kulturarbeiter bekannt. Er war treibende Kraft und ein ausgezeichneter Sänger und Schauspieler im örtlichen und auch heute äußerst aktiven Kulturverein der Slowenen „Zarja" („Die Morgenröte") in Eisenkappel/Železna Kapla. In die deutsche Wehrmacht eingezogen, desertierte er bereits 1942 und schloß sich Partisaneneinheiten in Gorenjsko (Oberkrain) an. Er war ein äußerst tapferer Kämpfer. Einmal entwaffnete er zusammen mit nur einem weiteren Genossen eine 15-köpfige faschistische Patrouille. Obwohl er ein Auge verloren hatte, kämpfte er weiter. Wegen seiner revolutionären Entschlossenheit wurde er zum Kommandanten des 1. Kärntner Partisanenbataillons ernannt. France Pasterk-Lenart fiel im Kampf in Mežica/Mieß in der Nacht vom 3. auf den 4. April 1943. Nach dem Krieg wurde er von der slowenischen Nation zum Volkshelden proklamiert. Den Kärntner Slowenen und allen revolutionären und fortschrittlichen Menschen ist er ein leuchtendes Vorbild.



Kommunist 3/78

bietes in Kärnten in ein gemischtsprachiges. Im einzelnen werden die wichtigsten Gesetze der 2. Republik zur Minderheitenfrage vor dem Volksgruppengesetz behandelt. Zugleich wird der ständig andauernde Kampf gegen die Diskriminierung der nationalen Minderheit beschrieben.

Zum 40. Jahrestag des 11. März 1938 (Rede bei den Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Österreichs)

In diesem Beitrag werden die Erfahrungen und Lehren aus der Okkupation Österreichs durch den Hitlerfaschismus gezogen und ihre Aktualität für den Kampf gegen die beiden Supermächte entwickelt.

Österreichs Weg — Dokumente aus dem Jahr 1938

Preis S 25,-

Der Kommunist 3/78 ist erhältlich über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Südlibanon: Im Kampf gegen die Besatzung erstarkt der Widerstand

Nach wie vor dauert die Besetzung des Südlibanons und die Aggression der zionistischen Armee an. Schon jetzt aber steht fest: Sie ist zum Scheitern verurteilt. Bereits gescheitert ist der Plan, mit einer kurzen, großangelegten Aggression den palästinensischen Widerstand, die PLO, zu zerschlagen, zumindest aber entscheidend zu schwächen und ihr den Südlibanon als Basis zu entziehen. Das Gegenteil davon ist eingetreten.

Für die palästinensische Revolution, die auf die Befreiung Palästinas durch die Zerschlagung des Siedlerstaates abzielt, sind die Resultate der Aggression folgende:

Erstens. Die Invasion hat zu Volkserhebungen im gesamten besetzten Palästina geführt. Diese Erhebungen zeichnen sich durch die bisher bedeutendste Teilnahme der Massen des Gaza-Streifens aus sowie durch die Erhebungen der palästinensischen Massen in Jordanien. Hier haben tausende Palästinenser erstmals seit Jahren eindrucksvolle Demonstrationen gegen Zionismus und Imperialismus durchgeführt. Teilweise sind sie von Polizei attackiert worden und haben ihr Schlachten auf offener Straße geliefert. Innerhalb Palästinas haben die Kämpfe der Massen Generalstreiks, Demonstrationen und Kämpfe mit Armee und Polizei umfaßt. Während der ersten Woche sind 60 Soldaten der Besatzerarmee getötet oder verletzt worden. Gleichzeitig haben Kommandos militärische Aktionen durchgeführt, wie etwa am 5. April einen Angriff auf eine Militärpatrouille in Jerusalem.

Zweitens. Die israelische Aggression war begleitet von einer verstärkten Zunahme derjenigen Palästinenser, die die Waffe in die Hand nehmen. Aus verschiedenen Gebieten haben sich vermehrt Palästinenser den bewaffneten Einheiten der PLO angeschlossen.

Drittens hat die aktive Teilnahme des libanesischen Volkes, insbesondere im Süden, sich verstärkt.

Viertens hat sich die Unterstützung der ganzen arabischen Nation für den palästinensischen Kampf vertieft und erweitert. Alle arabischen Länder haben die Aggression scharf verurteilt und dem palästinensischen und libanesischen Volk in vielfältiger Weise Unterstützung gewährt.

Fünftens hat sich die Einheit der PLO und ihr Ansehen unter den Massen gefestigt. Es war die PLO, die die Massen politisch und militärisch geführt hat, gestützt auf die eigene Kraft. — In jedem Fall ist es so, daß die Pläne, die hinter der Aggression standen, nicht aufgegangen sind.

Die Krise, in der sich der Imperialismus, wie überall, auch im Nahen Osten befindet, muß zwangsläufig auch Israel, eine Ausgeburt des Imperialismus, erfassen. Die Krise des Zionistenstaates ist eine ökonomische, politische und militärische. Die militärische ist offensichtlich. Mit 30.000 Mann und schwerer Bewaffnung in den Libanon eingefallen, hat Israel sein Ziel nicht erreicht. Von einer Kontrolle des Südlibanons bis zum Litani-Fluß kann keine Rede sein. Am Wochenende des 8. April haben die Zionisten erneut versucht, in ein Flüchtlingslager nahe der Hafenstadt Sur (Tyrus) einzufallen und haben auch Saida (Sidon) nördlich des Litani-Flusses angegriffen. In dem Kampf bei Sur wurden vier israelische Soldaten getötet und einer gefangengenommen.

Hinter den Linien des Feindes ist seine Lage ebenfalls nicht ruhig. So wurden am selben Wochenende die im Libanon befindlichen israelischen Truppen in Alarmbereitschaft versetzt. Die wirtschaftliche Krise Israels wirkt schon länger. Sie hat eine Streikbewegung hervorgebracht, die nicht abreißt. Das vor Monaten erstellte Wirtschaftsprogramm ist ein Wirtschaftsprogramm des Krieges, das die Massen finanziert haben. Gegenwärtig streiken die Arbeiter der Handelsmarine, das Personal der staatlichen Fluglinie, die Journalisten und Lehrer. Es geht durchwegs um Lohnerhöhungen, meist von 30 bis 35 Prozent, was ungefähr der Inflation entspricht.

Die politische Krise ist nicht einfach eine Regierungskrise, die es aber ebenfalls gibt. Anfang April hat in Tel Aviv eine Kundgebung mit 40.000 Menschen stattgefunden, die von der Begin-Regierung mehr Zugeständnisse bei den Verhandlungen, mehr Gebietsabtritte und Einstellung des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten gefordert haben. Was immer sich diese Leute vorstellen, wie sehr sie auch noch an die zionistische Idee glauben, sie graben ihr doch objektiv das Wasser ab. Wenn sie etwa sagen, „wir sind unseren Kindern mehr verantwortlich als unseren Vorfahren", untergraben sie doch partiell die zionistische Ideologie. Solche Bewegungen vertiefen die Zersetzung in der Siedlergesellschaft, ob sie das wollen oder nicht.

PLO: Wachsamkeit gegenüber den UN-Truppen

Schon der Beschluß des Sicherheitsrates zur Entsendung der UN-Truppen, ein Antrag der USA, war eine finstere Sache. Mit keinem Wort wird die israelische Aggression verurteilt. Trotzdem ist es den Ländern der Dritten Welt gelungen, die Forderung nach sofortigem Rückzug der israelischen Armee zu verankern. Die Truppen sind imperialistische Truppen, gedacht als Ersatz der israelischen Besatzerarmee.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der Stimme enthalten. Als Supermacht ist ihnen die Einflußnahme und die Kommandomöglichkeiten bei der konkreten Truppe zu gering. Das haben sie mit ihrer Enthaltung ausgedrückt. Ansonsten sind sie bekanntlich heftigste Verfechter von „Garantietruppen" und ähnlichem.

Der Delegierte der Volksrepublik China erklärte: „Der Resolutionsentwurf verurteilt mit keinem Wort Israels bewaffnete Aggression gegen den Libanon und unterstützt auch nicht den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker. Zur Entsendung von UNO-Truppen nimmt China seit jeher prinzipiell einen anderen Standpunkt ein. Das liegt daran, daß damit der Einmischung durch die Supermächte Tür und Tor geöffnet werden kann. So äußert China seine Vorbehalte und beteiligt sich nicht an der Abstimmung." (Peking Rundschau 13/78).

Mexiko und Bolivien haben eine Entsendung von Einheiten abgelehnt. Selbst imperialistische Länder, Österreich etwa, haben ihre Teilnahme verweigert, angesichts des breiten Mißtrauens gegenüber diesen Truppen. Die PLO war von Anfang an nicht einverstanden mit der Resolution, respektiert aber, wie die anderen Vertreter der Dritten Welt die Haltung der libanesischen Regierung. Die Stellung der PLO ist ebenso klar wie gerecht: Die UN-Truppen werden insofern nicht bekämpft, als sie den israelischen Rückzug befördern. Sind die Zionisten abgezogen, stellt sich die Frage der Truppen anders. Sie werden dann dementsprechend behandelt. Darüber hinaus aber läßt sich die PLO von den UN-Truppen nicht einschränken im Kampf gegen Israel. Sie bekämpft solche reaktionären Pläne wie Einkreisung von oder Eindringen in PLO-Stützpunkte durch UN-Truppen. So haben französische Einheiten versucht, in Sur einzudringen, einer Stadt unter PLO-Kontrolle. Die Truppen sind zurückgeschlagen worden. Norwegische Truppen sind im Raum Quaukaba stationiert, wo sich keine israelischen Truppen befinden. Dafür aber befinden sich UN-Truppen bei Sur und Nabatiye, zwei PLO-Stellungen. Die PLO hat klargemacht: „Wir lassen uns durch die UN-Truppen in unserem gerechten Kampf nicht behindern. Wir werden sie ebenfalls bekämpfen, wenn sie als Erpressungsmittel gegen uns eingesetzt werden."

Französische Interventionstruppen bilden den Kern der ganzen Truppen. Die PLO hat auf die Gefährlichkeit dessen hingewiesen. Nicht, weil sie militärisch eine eigenständige Gefahr darstellen. Die Gefahr liegt darin, daß diese Truppen dazu benutzt werden, sich in die Angelegenheiten des Libanon einzumischen und an der Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten reaktionärer Elemente wie der Phalange-Partei, werken. Deren Milizen sind selbst eine Schöpfung des französischen Imperialismus, der den Libanon bis 1946 als Kolonialmacht besetzte.

Diese reaktionären Elemente bekämpfen jede Präsenz des palästinensischen Widerstandes auf libanesischem Boden. Die Bedingungen für solche imperialistischen Abenteuer sind schlecht. Die PLO hat Schritte ergriffen, um ein festes Bündnis mit den libanesischen Volksmassen herzustellen. Sie entfaltet eine breite politische Arbeit im Land, um ein Bündnis auf Grundlage des gemeinsamen arabischen Kampfes gegen Zionismus und Imperialismus herzustellen. Eine entsprechende militärische Taktik ist ebenfalls festgelegt.

Die Begin-Regierung hat einen Plan für ihren „Rückzug" bekanntgegeben. Einen Plan der Besetzung. Israel werde sich von dort zurückziehen, wo UN-Truppen Stellung beziehen und eine Rückkehr der PLO-Kämpfer verhindern. Die UN-Truppen können das beim besten Willen nicht gewährleisten. Die breite Front gegen die zionistische Aggression hat bislang das Aufstellen einer „ordentlichen" Truppe verunmöglicht. Deshalb, so die Logik der Zionisten, müsse die Besetzung fortgesetzt werden.

Andererseits verschärft die fortgesetzte Besetzung den Konflikt. Internationalisiert ist er bereits. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben sich abermals in die Pose des Verteidigers der arabischen Völker geworfen. Fortgesetzte israelische Besetzung, das werden die Sozialimperialisten weiter auszunutzen versuchen. Nichtüberwindung der Differenzen zwischen den arabischen Ländern. daran arbeiten sie direkt. Die Erkämpfung des vollständigen israelischen Rückzuges durch die PLO und die libanesische Volksmass en ist das Notwendigste. Dieser Sieg muß gegen die beiden Supermächte errungen werden.

Aufschwung d[...] im [...]

Im ganzen Monat März war der Iran Schauplatz heftiger Kämpfe, Streiks und Demonstrationen.

An den Universitäten in Täbriz, Teheran, Isfahan und in anderen Hochschulstädten fanden Streiks statt. In den Elendsvierteln Teherans wurden Demonstrationen durchgeführt. Tags darauf war die gesamte Stadt auf der Straße. Während dieser Protestaktionen wurden Einrichtungen des Regimes und der faschistischen Einheitspartei zerstört und in Brand gesteckt. In Isfahan demolierten Demonstranten die Amtsräume; in Babol wurden Fensterscheiben von Banken und Parteibüros eingeschlagen. Der Schah und seine Schergen antworteten darauf mit Massakern und Verhaftungen. Die politischen Gefangenen im Iran haben daraufhin als Protest gegen diesen Terror einen Hungerstreik durchgeführt. Außerhalb des Gefängnisses gerieten die Angehörigen der Gefangenen ständig in Konflikt mit den bewaffneten Soldaten, Polizisten und Rangers. Hunderte Männer und Frauen wurden im Zuge dieser Auseinandersetzungen verletzt und gefangen genommen. Mehr als hundert wurden von den Schergen des Schahregimes ermordet.

Seit dem 15. November 1977, dem Tag an dem der faschistische Diktator Persiens, der Schah, seinen Herren in Washington einen Besuch abstattete, dauern die gewaltigen Massenkämpfe in den Städten des Iran an. Das Volk des Iran hat aus den zahlreichen Reisen des Schah in die USA gelernt, daß diese Besuche nur das eine Ergebnis haben, dem Land neue wirtschaftliche und militärische Verträge, d.h. eine Verstärkung der Abhängigkeit des Iran vom US-Imperialismus aufzuzwingen. In der Tat ging es bei den Verhandlungen zwischen dem Schah und Carter um Waffenlieferungen, Einfrieren der Ölpreise, Atomkraftwerksbestellungen und zahlreiche konkrete Projekte, die es dem amerikanischen Monopolkapital noch besser ermöglichen sollen, in den Iran einzudringen. Die Wirtschaft des Landes hat sich unter dem Diktat des Schah-Regimes alles andere als gut entwickelt. Eine jährliche Inflationsrate von 32%, hinter der die Löhne der Werktätigen weit zurückbleiben, hat in den 24 Jahren, in denen die Völker nun schon unter dem Offenen Faschismus leben, zu unvorstellbarer Not bei der großen Masse der Bevölkerung auf der einen Seite, zur Anhäufung von gewaltigen Reichtümern auf der anderen Seite geführt. Brot, Fleisch, Kartoffeln, Elektrizität, Wohnungen usw. sind Mangelware. Die reaktionären Grundsätze der „Weißen Revolution" haben einen Prozeß der Expropriation der armen Bauern und unteren Mittelbauern eingeleitet, die nun in Massen in die Städte strömen, wo sie weder Arbeit noch Wohnung finden und am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren.

Auch das mittlere und Kleinbürgertum ist durch das ausländische Monopolkapital in enormem Ausmaß in seinen wirtschaftlichen Interessen bedroht und dem Ruin ausgesetzt.

Das Schah-Regime kann auf die Ver-

r Massenkämpfe Iran

schärfung der Widersprüche und die Radikalisierung der Massen nur mit faschistischem Terror antworten. Das aber ruft erst recht den Widerstand der Volksmassen hervor.

Der Kampf begann am 15.November mit einer gewaltigen Studentendemonstration. Schon am Tag darauf trugen die Studenten ihren Protest auf die Straße und verbanden sich mit allen anderen Klassen und Schichten des Volkes in einer mächtigen Demonstration, an der 15.000 Menschen teilnahmen. Die blutige Unterdrückung der Demonstration trieb den Haß der Bevölkerung gegen den Imperialismus und seine Lakaien noch mächtiger hervor.

Die heldenhaften Volksaufstände in Ghom und Mesched am 7. und 9.Jänner und Täbriz am 18. und 19.Feber waren dabei ein vorläufiger Kulminationspunkt. Mehr als 200.000 Angehörige des heldenhaften Volkes brachten in Täbriz unzweideutig zum Ausdruck: „Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime, Kettenhund des US-Imperialismus!" und „Yankee go home!", und gaben das Signal für eine neue und höhere Etappe der neudemokratischen Revolution in Persien.

Auf die großen Demonstrationen folgten als Protest gegen das Schah-Regime und den Imperialismus die Schließung der Geschäfte und Bazare. Arbeiter und Studenten traten in vielen Fabriken und Universitäten des Iran in den Streik. Das Schah-Regime reagierte wie eine wild gewordene Bestie. Nach Berichten von Augenzeugen haben Polizei- und Armeeinheiten in Täbriz über 2.000 Menschen ermordet. Mehrere hundert Menschen mußten mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Die Zahl der Verhafteten ist so hoch, daß die Gerichte nicht alle Verhafteten im Gerichtsgebäude vernehmen konnten. Das Regime schloß die Universitäten, die Bibliotheken und alle möglichen Organisationen, in denen sich das Volk politisch organisiert, wie Schachklubs, Bergsteigervereine...

Am stärksten beteiligt an den Massenkämpfen sind die Arbeiter, Bauern, aber auch das Kleinbürgertum und Teile der Nationalbourgeoisie. Schließlich spielen auch die revolutionären Intellektuellen, die Studenten und die antiimperialistischen Geistlichen eine bedeutende Rolle im Kampf.

Die Kämpfe gegen das Schah-Regime sind sowohl gegen den US-Imperialismus, der das Land unter Kontrolle hält und mit zwei Beinen fest im Land steht, als auch objektiv gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gerichtet, der in das Land politisch und ökonomisch infiltriert, es militärisch bedroht und mit Hilfe der revisionistischen „Tudeh-Partei" vorzudringen versucht.

Aus Anlaß der Massenkämpfe und Aufstände im Iran traten iranische Studenten in vielen Ländern in den Hungerstreik — so auch in Wien. Es entwickelte sich eine weltweite Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der iranischen Völker. In Wien fand sie ihren Höhepunkt in einer Demonstration, an der sich über 250 antiimperialistisch gesinnte Menschen beteiligten.

Die Volksrepublik China will Taten sehen, keine nichtssagenden Erklärungen

In Wladiwostok, dem größten Kriegshafen der UdSSR im Pazifik, hat am 9. April der Häuptling der russischen Sozialimperialisten, Breshnew, eine zehntägige Reise durch die an die Volksrepublik China grenzenden nordöstlichen Gebiete der Sowjetunion beendet.

In Begleitung seines Kriegsministers Ustinow und seines Flottenkommandanten Gorschkow inspizierte Breshnew die an der Grenze zur Volksrepublik China konzentrierten Truppen und wohnte in der Stadt Chabarowsk, wenige Kilometer vom Staatsgebiet der Volksrepublik China entfernt, einem von der Sowjetarmee durchgeführten Militärmanöver bei, Breshnew zeigte sich mit den Ergebnissen seiner Inspektion zufrieden.

Zweifellos ist die Reise Breshnews eine offene Provoktion, gerichtet an die VR China. Mit der Anwesenheit in Gebieten, die die russischen Zaren Mitte des vorigen Jahrhunderts China raubten, wünscht Breshnew seine wiederholt geäußerte Ansicht, daß es für ihn bezüglich des sowjetisch-chinesischen Grenzverlaufs „keine offenen Fragen" gibt, zu unterstreichen. Die Inspektion des Militärs ist ein unverhohlener Hinweis auf die eine Million Soldaten, die der russische Sozialimperialismus in Verfolgung „seiner asiatischen Interessen" an der chinesischen Grenze stationiert hat.

Die sowjetische Presse begleitete die Reise Breshnews mit einem Trommelfeuer wüster Hetze gegen die Volksrepublik China, der vorgeworfen wurde, sich gegen die Installierung „normaler Beziehungen" zwischen den beiden ländern zustellen und „Feindsekigkeiten" gegenüber der Sowjetunion zur Staatspolitik zu erheben." Tatsächlich hat die Volksrepublik China vor kurzem ein Angebot der sowjetischen Regierung über die „Beendigung des gegenwärtigen anomalen Zustandes" in den Beziehungen der beiden Länder zurückgewiesen, in dem das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR vorschlägt, daß „unsere Länder eine gemeinsame Erklärung über die Prinzipien der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China abgeben." „In der Sowjetunion ist man der Aufassung, daß eine gemeinsame Erklärung darüber, daß beide Seiten ihre Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz aufbauen und sich dabei fest an die Grundsätze der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung von Souveränität und territorialer Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und der Nichtanwendung von Gewalt halten werden, die Normalisierung unserer Beziehungen voranbringen könnte", heißt es weiter in dem Brief der Sowjetregierung.

Ganz eindeutig zielt dieses „Angebot" der Sozialimperialisten auf die Anerkennung des gegenwärtigen, für die Volksrepublik China unhaltbaren Zustandes ab, der darin besteht, daß die Sowjetunion unter Berufung auf 1858 und 1860 geschlossene ungleiche Verträge chinesisches Territorium besetzt hält, damit nicht genug weiteres chinesisches Staatsgebiet beansprucht und zur Bedrohung Chinas 49 Divisionen, davon 4 auf dem Staatsgebiet der Mongolischen Volksrepublik, mit einer Gesamtstärke von einer Million Soldaten an Chinas Nordostgrenze massiert sind. Nichts ist verständlicher, als daß die Regierung der Volksrepublik China dieses unverschämte Angebot zurückgewiesen hat.

Mit der Machtübernahme des Revisionismus in der sozialistischen Sowjetunion 1956, endete dort auch die leninsche Politik, in Fragen gemeinsamer Grenzen mit Nachbarstaaten, sämtliche imperialistischen Raubverträge für Null und Nichtig zu erklären und für immer und ewig auf jedwede Ansprüche daraus zu verzichten. Die sowjetisch-chinesische Grenze, eine Grenze an der die Völker der beiden Länder, verbunden durch langandauernden revolutionären Kampf in Frieden und Freundschaft gelebt hatten, begann zum Objekt des Großmachtstrebens der neuen russischen Bourgeoisie zu werden. Im Jahr 1969 kam es zu einer großangelegten militärischen Aktion der Sozialimperialisten gegen das Staatsgebiet der Volksrepublik China. Die direkte militärische Aggression scheiterte am Widerstand der chinesischen Volksmassen, am Kampf der chinesischen Volksbefreiungsarmee.

In dieser Situation war die sowjetische Regierung gezwungen, direkte Verhandlungen aufzunehmen, und im September 1969 kam es in Peking zu Gesprächen zwischen den beiden Ministerpräsidenten Kossygin und Tschou En-lai, in denen einvernehmlich festgelegt wurde, daß als allererstes Maßnahmen getroffen werden müßten, um den Status quo an der Grenze aufrechtzuerhalten, bewaffnete Zusammenstöße zu verhindern, und Truppenberührungen in den umstrittenen Grenzgebieten auszuweichen. Diese Übereinkunft liegt nun bereits neun Jahre zurück und in dieser Zeit haben die Sozialimperialisten, die die Übereinkunft zu unterzeichnen sich weigern, unzählige Male gegen sie verstoßen. Während sie weitere bewaffnete Überfälle durchführten, während sie die Zahl ihrer Grenztruppen auf eine Million steigerten, während sie Teile ihres atomaren Potentials auf China richteten, tischten sie 1971 einen „Gewaltverzichtsvorschlag", 1973 einen „Nichtangriffsvorschlag" auf — Vorschläge, die außer hohlen Phrasen nichts beinhalten.

In einer Note an die Sowjetregierung hat das Außenministerium Chinas auf den neuerlichen „Normalisierunsvorschlag" geantwortet: „China und die Sowjetunion waren einst befreundete Nachbarländer und unsere beiden Völker haben eine tiefe Freundschaft in ihren langen revolutionären Kämpfen geschlossen. Verantwortlich für die verschlechterten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern — so, wie sie sich heute darstellen — ist nicht die chinesische Seite; China ist das Opfer. ..... Würde die sowjetische Seite wirklich nach einer Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen streben, müßte sie konkrete Aktionen zur Lösung der praktischen Probleme unternehmen. Vor allem müßte sie entsprechend dem Übereinkommen der Ministerpräsidenten der beiden Länder von 1969 ein Abkommen über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, über die Verhütung bewaffneter Auseinandersetzungen und den Abzug der Streitkräfte beider Seiten aus den umstrittenen Grenzgebieten abschließen, um dann die Grenzfrage durch Verhandlungen zu lösen. Sie müßte außerdem ihre Streitkräfte aus der Mongolischen Volksrepublik und von der chinesisch-sowjetischen Grenze abziehen, damit wieder eine Situation wie zu Beginn der 60er-Jahre einkehre. Da Sie sich weigern, so minimale Aktionen durchzuführen, wie Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, Verhütung bewaffneter Auseinandersetzungen und Abzug der Streitkräfte beider Seiten aus den umstrittenen Grenzgebieten, muß man fragen, welch praktischen Nutzen hat die Veröffentlichung einer wertlosen Erklärung über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen, abgesehen vom Betrug des chinesischen und sowjetischen Volkes und der Völker der Welt! . . . . Die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion entspricht dem gemeinsamen Wunsch unserer beiden Völker, sie entspricht sowohl ihren Grundinteressen als auch dem Grundinteresse der Völker der Welt. Wie bisher wird die chinesische Seite auch in ihren Bemühungen fortfahren. Was die chinesische Seite sehen will, sind Taten, keine nichtssagenden Erklärungen."

So ist ein weiteres Manöver der Sozialimperialisten, ihre Hegemoniepolitik in Asien mit Friedens- und Normalisierungsgeschwafel zu übertönen, fehlgeschlagen. Die Reise Breshnews, die Manöver im Osten der UdSSR zielten zugleich darauf ab, Japan unter Druck zu setzen. Breshnew äußerte sich zu den Beziehungen zu den USA, Japan und Westeuropa und zum „internationalen Entspannungsprozeß" auf einem Kreuzer der Pazifikflotte in der Nähe Wladiwostoks.

Während derzeit die Gespräche zwischen China und Japan über einen Friedensvertrag, der eine Klausel, die sich ausdrücklich gegen jedwede Hegemoniebestrebungen in Ostasien richtet, enthält, günstig gedeihen, ist die Sowjetunion von einem Friedensvertrag mit Japan weiter entfernt denn je, obwohl ihre Bemühungen um den Abschluß eines solchen derzeit einen Höhepunkt erreicht haben. Die Sowjetunion ist dabei sogar so weit gegangen, den Entwurf für einen solchen Vertrag einseitig in ihrer Presse abzudrucken, um solcherart die japanische Regierung unter Druck zu setzen. Entsprechend der bisherigen Haltung der Sozialimperialisten hat auch dieser Vertragsentwurf kein Wort über die Rückgabe der von der Sowjetunion besetzten südlichen vier Kurilleninseln enthalten, die ausgebaut zu Flotten- und Spionagestützpunkten und von enormer Bedeutung für die Pazifikflotte der Sozialimperialisten von den Sozialimperialisten unter keinen Umständen zurückgegeben werden wollen. Selbstverständlich ist die japanische Regierung nicht bereit gewesen, über einen solchen Vorschlag auch nur zu verhandeln.

Während sich die Sozialimperialisten mit ihrem „System der kollektiven Sicherheit für Asien", das die asiatischen Länder gegenüber den sowjetischen Weltherrschaftsgelüsten lähmen soll, eine Abfuhr nach der anderen holen, findet die antihegemonistische Politik der Volksrepublik China immer mehr Beachtung und Ansehen in Asien. Darum verlegen sich die Sozialimperialisten gegenüber der Volksrepublik China, die gegenwärtig, nach der Zerschlagung der „Viererbande", geleitet von den Richtlinien des 11. Parteitages und des V. Nationalen Volkskongresses einen gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung nimmt, verstärkt aufs Säbelrasseln. Die chinesischen Volksmassen wissen um diese Entwicklung und verstärken ihre Bereitschaft, das Vaterland gegen jeglichen imperialistischen Angriff zu schützen.

Streik der US-Bergarbeiter abgebrochen

Der längste Streik in der Geschichte der US-Bergarbeiter ging am 25.3. zu Ende. Durch die offene Klassenkollaboration der Gewerkschaftsführer waren die Kumpel gezwungen, einem Kollektivvertrag zuzustimmen, der für sie eine Niederlage bedeutet. Die Zeitung der Marxisten-Leninisten der USA, „The Call", gibt das Abstimmungsverhältnis bei der Urabstimmung mit 55 pro zu 45 gegen den KV an. Eine bürgerliche US-Zeitung wies aber darauf hin, daß die UMW (Gewerkschaft der Kohlearbeiter) -Führung nur 655 Abstimmungsergebnisse bei 719 Sprengeln vorliegen hatte. Der hieße, daß nur etwa 34% der Kohlearbeiter definitiv für den Abschluß gestimmt hätten.

Der Abschluß hat den Großteil der Forderungen der Kumpel unerfüllt gelassen. Ab jetzt werden sie die ersten 200 tragen müssen. Die Kapitalisten hatten einen Selbstbehalt von 700 Dollar durchbringen wollen. Noch schlechter ist allerdings, daß die Gewerkschaft die Kontrolle über das Gesundheitswesen in den Gruben an eine private Krankenversicherung abgeben wird müssen. Bei den Renten wurden die Regelungen von 1974 aufrechterhalten, die Kumpel hat- Dollar der Spitals- und Arztkosten selbst ten Erhöhungen gefordert. Das Streikrecht wird im bisherigen Ausmaß durch den Vertrag eingeschränkt. Innerhalb der KV-Periode sind Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen durch ein Gericht zu „schlichten". Bestrafungen für Teilnehmer an „wilden" Streiks konnten die Kapitalisten nicht in den KV aufnehmen, ein Hintertürl für sie ist allerdings offen geblieben.

An der Höhe und Dauer der Lohnerhöhung, unter der Inflationsrate, änderte sich nichts gegenüber den früheren Angeboten der Kapitalisten.

Der Hauptgrund für den Rückzug der Kumpels war der Hunger. Die Kapitalisten und der Staat hatten die Sozialfürsorgeleistungen gestrichen, als das Taft-Hartley-Gesetz in Kraft trat, und die Gewerkschaftsführung verweigerte nicht nur die Auszahlung der eigenen Streikgelder, sondern sie blockierte sogar auch die Spenden, die andere Gewerkschaften extra für die gegen den Taft-Hartley-Akt Streikenden aufgebracht hatten.

Die Politik der Gewerkschaftsführung hat die Loslösungstendenzen vieler Gewerkschaftsgruppen in den einzelnen Minen von der bürgerlichen Führung verstärkt.

„Es war eine ökonomische Niederlage, wenngleich nicht eine Niederlage jenes Ausmaßes, das die Bourgeoisie anstrebte. Politisch und im Rahmen des gesamten Klassenkampfes in den USA gesehen, war es jedoch ein halber Sieg für die Proletarier."

„Man kann aber klar sagen: Nach Jahrzehnten des Verrats, der Betäubung durch Reformismus und Revisionismus, beginnt die US-Arbeiterklasse ihren Rücken zu recken. Sie beginnt das Bewußtsein in das Vertrauen auf ihre eigene Kraft zu entwickeln."

So schätzt ein Korrespondent aus den USA die Resultate des über 100 Tage dauernden Kampfes in einem ausführlichen Bericht an die Redaktion ein, den wir in der Nummer 4 des Kommunist im vollen Wortlaut abdrucken.

Ende der Metallarbeiterstreiks in Nordwürttemberg/Nordbaden — BRD

Interview mit einem Bosch-Arbeiter

Die westdeutsche Arbeiterklasse führt einen heftigen Kampf gegen die Politik des BRD-Monopolkapitals, durch dauernde Lohnsenkung, durch verschärfte Ausbeutung sich zu rüsten für die imperialistische Konkurrenzschlacht. Durch einen harten Streikkampf und eine unbeugsame Haltung, auch als ihre sozialdemokratischen Führer schon offen kapituliert hatten, konnten die Hafenarbeiter im Jänner mit einem 7%-Abschluß dem Reallohnabbau eine Grenze ziehen. Der 3-wöchige Streik der Metallarbeiter Nordwürttemberg-Nordbadens — nach der Aussperrung durch die Kapitalisten 200.000 — endete Anfang April mit einem Abschluß von 5%, der den Lohnsenkungen keinen Einhalt gebieten kann, obwohl er über dem liegt, was die Kapitalisten wollten — 3,5%.

Über das Zustandekommen des Streiks und das Ergebnis machte die Redaktion des Klassenkampf mit Unterstützung der Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung, dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, ein Interview mit einem Arbeiter von Bosch, einem der bestreikten Betriebe.

Letztes Jahr im Herbst waren die Metallkapitalisten in den großen Betrieben gezwungen, den Metallarbeitern Zuschläge zu bezahlen. Wie kam es zu diesem Erfolg der Metallarbeiter, und wie versuchten die Kapitalisten, die Zuschläge zur Spaltung der Arbeiterklasse zu benutzen? Wie kam es zu der großen Geschlossenheit im Streik in Nordwürttemberg/Nordbaden?

Bosch-Kollege: Die Bosch-Kapitalisten hatten den 6,9%-Abschluß von 1977 dazu benutzt, noch mehr Überstunden von den Arbeitern zu erpressen, die Schichtarbeit auszuweiten und steigerten die Produktion um 21%, während die Belegschaft sich nur geringfügig vergrößerte. Der Warnstreik der Daimler-Kollegen — für Erhöhung des Weihnachtsgeldes und einiger Zulagen-hat uns ermutigt, selber Lohnforderungen aufzustellen. Auf der Vertrauensleutesitzung vom August 77 brachte ein Vertrauensmann den Antrag ein auf 60 Pfennig (ca. 4,50S) mehr für alle gleich pro Stunde. Dieser Antrag wurde schnellstens vom Vorsitzenden des Vertrauensleutekörpers und dem Betriebsratsvorsitzenden niedergebügelt. Dann kam der Warnstreik der Daimler-Belegschaft. In den Abteilungen, sowohl bei den Arbeitern, wie bei den Angestellten, gab es Debatten über die Höhe und die Art der Lohnerhöhung. Der Betriebsrat trat in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung. Die Betriebsversammlung im Oktober war selten gut besucht. Hier gab der Betriebsratsvorsitzende bekannt, daß die Treueprämie und die Leistungsprämie erhöht werden, Zulagen also, die einerseits von der Betriebszugehörigkeit, andererseits vom ausgepreßten Profit abhängen. Die Erhöhungen selbst waren minimal. Diese Lohnerhöhung wurde auf der Betriebsversammlung von verschiedenen Rednern angegriffen. Die von den Bosch-Kapitalisten beabsichtigte Spaltung der Arbeiter ist damit nicht gelungen.

Auf den Vertrauensleutesitzungen von Dezember ab sind die Forderungen zur Lohnerhöhung aus den Abteilungen besprochen worden. Betriebsratsvorsitzender Rau, SPD-Gemeinderatsmitglied von Stuttgart und entschiedener Verfechter von Prozentforderungen, sah sich gezwungen, für eine Sockelforderung einzutreten. Eine eindeutige Festlegung auf der Vertrauensleutesitzung auf eine Festgeldforderung in Höhe von DM 220,- gab es allerdings nicht. Trotzdem gab es unter den Bosch-Arbeitern eine große Entschlossenheit zum Streik. Das zeigte sich auch im guten Urabstimmungsergebnis von 94% Ja-Stimmen für den Streik.

Die Forderung nach Anhebung der unteren beiden Lohngruppen war für die Bosch-Belegschaft besonders wichtig, da 1.800 Frauen von insgesamt 12.000 Beschäftigten immer noch in Lohngruppe 2 beschäftigt sind, diese Lohngruppe kriegt, nach Tarif, brutto DM 6,61 in der Stunde. Auch für die Forderung nach Verhinderung von Abgruppierung (Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe bei Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz) gab es unter den Arbeitern Unterstützung. Allein im letzten Jahr waren 400 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Bosch Feuerbach zurückgestuft worden. Einige mußten Rückstufungen von 2 Lohngruppen hinnehmen. Dies alles führte zu der großen Kampfentschlossenheit bei Bosch.

Im Tarifkampf 1977 hatte die Große Tarifkommission in Nordwürttemberg/-Nordbaden die Forderung von DM 50,- Sockelbetrag (ca. S 360,-) und Prozenten aufgestellt. Aus vielen Betrieben gab es Beschlüsse, daß Festgeld durchgesetzt werden muß. Wie wurde dieses Jahr in der Gewerkschaft der Kampf um die Aufstellung der Forderung geführt?

Bosch-Kollege: Wir hatten versäumt, rechtzeitig in den Abteilungen auf Beschlüsse zur Tarifforderung hinzudiskutieren und auf Grundlage dieser Beschlüsse die Vertrauensleute zu beauftragen. Trotzdem versuchten wir Anfang Januar, die Verhandlungskommission der IG Metall wenigstens zur Vertretung einer Mindestforderung zu bewegen. Bei Bosch Reutlingen hatte der Vertrauensleutekörper schon noch im letzten Jahr eine Mindestforderung von DM 200,- aufgestellt. Der Vertrauensleutekörper von Bosch Nürnberg hatte ebenfalls mindestens DM 200,- für alle gleich als Forderung aufgestellt. Das hat uns günstige Bedingungen geschaffen. Innerhalb eines Tages haben in einem Bau bei Bosch Feuerbach ungefähr 90 Kollegen für die Mindestforderung von DM 200,- unterschrieben, und diesen Brief an Steinkühler (Bezirksleiter der IG Metall) weitergeschickt. Danach ist in anderen Abteilungen, in anderen Gebäuden, von verschiedenen Kollegen weitergesammelt worden. Die Bosch-Kapitalisten sind durch die Unterschriftensammlung ziemlich unter Druck geraten. Sie wagten nicht, offen gegen Kollegen vorzugehen, sondern schickten den Betriebsrat vor. Es ist uns nicht gelungen, die Mindestforderung noch weiter zu verbreiten, aber was uns gelungen ist, ist, die Einheit unter den Kollegen in den Abteilungen zu stärken, daß eine ausreichende Lohnerhöhung durchgesetzt werden muß, und daß ohne Streik nichts gehen wird.

Die gewerkschaftliche Forderung bestand aus der Lohnforderung von 8%, Anhebung der Lohngruppen 1 und 2 auf das Niveau von Lohngruppe 3 und Schutz vor Abgruppierungen für die Dauer des Tarifvertrages. Von Anfang der Verhandlungen an stellte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Abgruppierungsschutz als Hauptsache heraus, womit von der Lohnforderung abgelenkt wurde und damit den Kapitalisten breiter Raum zur Spaltung gelassen wurde. Heraus kam ein Abschluß von 5%. Was meinten die streikenden Metallarbeiter dazu? Wie führten sie innerhalb der Gewerkschaft den Kampf gegen diesen Lohnraubabschluß?

Bosch-Kollege: Nach Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses herrschte unter den Streikposten größte Empörung. Sofort wurde eine Erklärung dagegen vorbereitet. Die sozialdemokratischen Betriebsräte konnten den Abschluß nicht vertreten, aber es gelang ihnen, eine Vertagung der Beschlußfassung der Resolution auf den nächsten Tag zu erreichen, da keiner genau Bescheid wisse, was in dem Abgruppierungsschutzvertrag drinstehe. Breite Empörung herrschte vor allem unter den Streikposten über den 5,0%-Abschluß. Der Abgruppierungsschutzvertrag wurde sehr schnell als faules Ei erkannt. Am nächsten Tag wurden unter die Protestresolution 84 Unterschriften gesammelt, die absolute Mehrheit der Streikposten hat unterschrieben. Auf der Streikpostenversammlung im DGB-Haus sind 4 Streikposten von Bosch aufgetreten. Sie haben das Verhandlungsergebnis alle abgelehnt.

Bis zum letzten Streiktag sind die Streikposten vor die Tore gezogen, obwohl die Streikleitung immer wieder gesagt hat, um 9 Uhr könnte man weggehen, sind wir bis 12 Uhr geblieben. Die Streikfront ist gestanden. Gefehlt hat uns allerdings im Kampf gegen den Abschluß die Vereinheitlichung auf einer Mindestmarke, unter die wir nicht gehen, wie mindestens 7%-Lohnerhöhung. So konnten die Kapitalisten ihren Lohnraubabschluß trotz breitem Widerstand durchsetzen.

Gegenüber der ersten Urabstimmung, wo sich über 90% der organisierten Metaller für Streik aussprachen, gab es bei der letzten Urabstimmung eine knappe Mehrheit von 55,4% für Annahme des Abschlusses. 44% stimmten in der Urabstimmung für die Ablehnung dieses Abschlusses. Welche Aufgaben stellen sich jetzt den Metallarbeitern?

Bosch-Kollege: Das Urabstimmungsergebnis zeigt, daß ein großer Teil der Metallarbeiter sich gegen den Lohnraubabschluß stellt, daß sie sich nicht dem Druck von seiten der Kapitalisten und der Demütigung durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre gebeugt haben. Der Kampf gegen die Lohnsenkung wie gegen die unteren Lohngruppen wird weitergehen. In einzelnen Betrieben kommt es darauf an, die Kapitalisten zu Vereinbarungen zu zwingen.

Mit Schicht- und Überstundenarbeit, Sonderschichten, Akkordverschärfung werden die Kapitalisten versuchen wollen, die verlorengegangene Produktion wieder einzuholen. Dagegen müssen wir Front machen. Laufend wird der Normalarbeitstag verletzt. Dem grenzenlosen Ausbeutungsdrang der Kapitalisten müssen wir Schranken setzen. Wir werden sowohl die Streichung der unteren Lohngruppen erkämpfen müssen wie laufend Propaganda gegen die Akkordarbeit, gegen die Schichtschinderei, gegen die Überstunden machen. Der kommende Tarifkampf wird jetzt schon vorbereitet.

Anläßlich eines Vortrages von Prof. Machlup in Wien:

Theorie für die Politik des Lohnabbaus

Der Widerspruch zwischen der scheinbar unbegrenzten Entwicklung der Produktion und Ausbeutung auf der einen Seite, und der beschränkten Konsumtionskraft der Massen, hat die Tendenz, sich im Verlauf der längerfristigen Entwicklung des Kapitalismus enorm zu verschärfen. Das ist der wesentliche Grund, warum die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft weltweit immer tiefer, dramatischer, langwieriger werden müssen.

Betrachtet man kürzere Zeiträume, von einer Krise zur nächsten, so verschärft sich dieser Widerspruch im Aufschwung zwischen den Krisen. Der Widerspruch wird schärfer, der Ausbeutungsgrad steigt, der Anteil der Profite am neugeschaffenen Wert steigt, und die Masse und der Wert der Maschinerie, Rohstoffe usw., die die Arbeiter in Bewegung setzen müssen, steigt. Trotzdem funktioniert die Wirtschaft, die Produktion dehnt sich aus, Arbeitslose werden zumindest zum Teil wieder beschäftigt. Der Widerspruch ist da, die Aussichten auf die nächste Krise sind sozusagen da, aber zuerst überwiegt einmal die eine Seite, die mit der Produktionskraft steigende Produktion und steigende Ausbeutung. Die Kapitalisten können die produzierten Waren noch verkaufen. Warum? Zu einem geringen Teil, weil auch die Konsumtionskraft der Massen in dieser Zeit, wenn auch weit weniger schnell wie die Produktion, steigt, wenn sich die Beschäftigung ausdehnt und etwa die Löhne steigen. Unwesentlichen aber (vom Ausland abgesehen), weil sich die Kapitalisten untereinander ihre Produkte abkaufen, um zu investieren, um sowohl das alte Kapital in der Form von Maschinen usw. zu ersetzen, als auch, um den Kapitalzuwachs zu einem größeren oder geringeren Teil in der Produktion anzulegen.

Betrachten wir andererseits die Krise, den „Abschwung" der kapitalistischen Wirtschaft, so zeigt sich gerade der Zusammenbruch der Akkumulation. Die beschränkte Konsumtionskraft wird nicht mehr durch die Nachfrage der Kapitalisten „aufgewogen", sie wird jetzt zur Hauptseite der Entwicklung; der Widerspruch bricht offen auf und leitet die Entwicklung der Erscheinungen ein, die wir von der Krise kennen.

Es bleibt zu klären, wodurch der Aufschwung der Produktion sein Ende findet und was unmittelbar zum offenen Ausbruch des Konflikts zwischen den beiden Seiten des Widerspruchs, zur Krise, führt.

Kurz zusammengefaßt geht es um folgendes:

Die Entwicklung der Produktivkraft und des Umfanges der Produktion im Kapitalismus produziert notwendigerweise zweierlei, scheinbar sich widersprechende, Ergebnisse: einerseits die Steigerung der Ausbeutungsrate (von dem vom einzelnen Arbeiter geschaffenen Neuwert bekommen dieser ein immer kleineres Stück, der Kapitalist bzw. alle Kapitalisten zusammengenommen, ein immer größeres Stück); andererseits den Fall der Profitrate. Die Profitrate gibt dem Kapitalisten den Verwertungsgrad seines gesamten eingesetzten Kapitals an: sowohl des Kapitals also, das er für Arbeitslöhne ausgelegt hat, als auch des Kapitals, das er in der Maschinerie, den Rohstoffen usw. stecken hat. Der Kapitalist erwartet sich eine größtmögliche Verwertung seines Gesamtkapitals, nicht bloß des Kapitalteils, den er für Löhne ausgegeben hat. Sprechen wir von einer Steigerung der Ausbeutungsrate oder Mehrwertrate, so meinen wir das Verhältnis des Teils, den der Kapitalist für die Bezahlung der Arbeitskraft vorgeschossen hat, zu dem Teil, den er durch das „Für-ihn-arbeiten-lassen" des Arbeiters über den Gegenwert des Lohns hinaus an echtem zusätzlichem, neu geschaffenen Wert einstreifen kann. Dieses „Mehr an Wert" bezieht der Kapitalist aber verständlicherweise auf das Gesamtkapital, wenn er überprüft, wie sich sein Kapital verwertet hat; für ihn ist es egal, in welcher Form von Produktionselementen sich sein Kapital im Zuge der Profitmacherei verwandeln mußte, ob in Arbeitskräfte, Maschinen, Rohstoffe oder was auch immer. Sein gesamtes Kapital muß sich verwerten, seine Profitrate muß hoch sein, danach streben und konkurrenzieren alle Kapitalisten.

Betrachten wir aber, wie die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert wird, mit welchen Methoden, dann zeigt sich, daß dies erreicht wird und einhergeht mit einer ungeheuren Steigerung der Maschinerie und anderen Produktionsmitteln, besonders schnell ihrer natürlichen Masse nach, aber auch dem Wert der in ihnen gebundenen Kapitalwerte nach. Auf den einzelnen Arbeiter, der beschäftigt wird, kommt eine immer größere Summe von Kapitalwerten, die in Produktionsmitteln stecken, die er in Bewegung setzen, deren Wert er auf die Produkte übertragen muß, und deren Wert seine Mehrarbeit verwerten, mit Profit belohnen soll. So ist es mit der Entwicklung der Produktion im Kapitalismus durchaus vereinbar, ja, es ist die Regel und das Gesetz, daß der Ausbeutungsgrad der Arbeit steigt, daß der in Arbeitskarft angelegte Kapitalteil steigt, daß er aber gleichzeitig fällt im Verhältnis zum eingesetzten Gesamtkapital, d.h., daß die Profitrate fällt.

Die Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit drückt sich darin aus, daß der einzelne Arbeiter immer mehr Produktionsmittelmassen in Bewegung setzen kann und in gegebener Zeit immer mehr Gebrauchswerte schaffen kann, für den Zweck der Kapitalverwertung aber wird dies durch den damit – trotz steigendem Ausbeutungsgrad - einhergehender Fall der Profitrate zu einer ständigen Bedrohung.

Der Fall der Profitrate macht sich bemerkbar in der Verschärfung der Konkurrenz. Die angeschwollenen und stets anschwellenden Kapitalmassen ringen um die Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer jeweiligen Profitrate und um die Verdrängung der Konkurrenten.

Die Methoden, mit denen dieser Konkurrenzkampf ausgefochten wird, mit denen jeder Kapitalist versucht, billiger zu produzieren als seine Gegner, führen, vom Gesamten her gesehen, erst recht wieder zu dem Ergebnis weiter steigender Ausbeutung (und damit weiter Zuwächse in der Kapitalmasse), der sinkenden Profitrate.

Ist dieser Prozeß einmal so weit fortgeschritten, daß Kapital in größerem Ausmaß „überflüssig" wird und keine Anlage mehr findet, die profitabel genug ist; daß Kapital in größerem Ausmaß brach gelegt wird; daß der Kreislauf des Kapitals da und dort gestört wird und der Profit nicht geerntet werden kann; daß die Akkumulation nachläßt und überhaupt abbricht, weil die Profitaussichten zu unsicher und der Markt zu chaotisch zu werden droht – ist es einmal so weit, bricht die Krise herein mit all den Kettenreaktionen, auf die wir hier nicht mehr näher eingehen werden.

Wann kann die Krise überwunden werden, wodurch wird ein Neuaufschwung der kapitalistischen Produktion wieder ermöglicht? Im wesentlichen bringt die Krise eine ungeheure „Flurbereinigung" unter den Kapitalien, es wird Kapital im Massenumfang vernichtet und entwertet. Diese Entwertung des Kapitals ist es in erster Linie, ist die wesentliche Voraussetzung dafür (weil bedeutender als die durch die Arbeitslosigkeit und andere Umstände ermöglichte Verschärfung der Ausbeutung), daß ein Neuaufschwung überhaupt entstehen kann. Durch die Vernichtung und Entwertung eines Teils der Kapitalmassen steigen die Profitaussichten für den übrigen Teil und erst dann darf sich die Produktion wieder weiterentwickeln, mit denselben Methoden, denselben Widersprüchen und denselben Resultaten wie vor der letzten Krise.

Die Widersinnigkeit und Überholtheit der kapitalistischen Produktionsweise, die wir so vor Augen geführt bekommen, läßt sich nicht besser als in den Worten von Marx ausdrücken:

„Die Schranke der kapitalistischen Produktionsweise tritt hervor:

1. Darin, daß die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Fall der Profitrate ein Gesetz erzeugt, das ihrer eignen Entwicklung auf einen gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muß.

2. Darin, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit, und das Verhältnis dieser unbezahlten Arbeit zur vergegenständlichten Arbeit überhaupt, oder, kapitalistisch ausgedrückt, daß der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen. Es treten daher Schranken für sie ein schon auf einem Ausdehnungsgrad der Produktion, der umgekehrt unter der andren Voraussetzung weitaus ungenügend erschiene. Sie kommt zum Stillstand, nicht wo die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern wo die Produktion und Realisierung von Profit diesen Stillstand geleitet". (Das Kapital, Bd.3)

Je länger die Krise dauert, je instabiler das System weltweit wird, desto weniger Spielraum bleibt den Kapitalisten und ihren Ideologen, desto entschiedener und offener wird ihr Ruf nach einer „einschneidenden Kurskorrektur", nach dem Frontalangriff zur Steigerung der Ausbeutung. Was es innerhalb des letzten Jahres in Österreich an Sanierungsplänen der Regierung gegeben hat, an Aufrufen der Finanzkapitalisten, an Zurückhaltungsparolen, an KV-Abschlüssen, die de facto Lohnraub bedeuteten, – ist das nicht Machlups Richtung? ÖGB-Präsident Benya verdient sich deshalb eigens Machlups Lob: „Dank der Sozialpartnerschaft und eines intelligenten Gewerkschaftsführers, der das Problem versteht, seien die Lohnerhöhungen (schon bisher) in Österreich langsamer vor sich gegangen als in anderen Ländern."

Aus dem bisher zur Krise Gesagten und daneben noch aus einer Reihe anderer, untergeordneter und hier nicht behandelter Umstände im Kapitalismus ergibt sich, daß der Arbeiter ständig einer Bedrohung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt ist, daß die Faktoren für das Hinabdrücken des Lohns ständig, und in regelmäßigen Abschnitten äußerst verschärft werden und keine Mindestgrenzen mehr kennen will. Um aus diesen Verhältnissen auszubrechen, dafür bleibt nur die Beseitigung des Kapitalismus, die sozialistische Revolution. Gerade die Tatsache, daß der Profit die Produktion regiert, daß es vom Profit der Kapitalisten, ob er hoch genug ist im Verhältnis zu seinem Kapital, abhängt, ob Millionenmassen Arbeit finden oder nicht, daß diese Abhängigkeit den Proletariern nahezulegen scheint, sich freiwillig ins Elend stoßen zu lassen, ist eine einzige Anklage gegen dieses System und kein Argument für den Lohnraub. Andererseits sind diese Umstände, solange es den Kapitalismus gibt, und die Arbeiter darin leben und kämpfen müssen, gerade ein Argument für den Kampf um jeden Schilling. Marx hat diesen Gedanken einmal so gefaßt: „Würden sie (die Arbeiter, Red.) in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den **materiellen Bedingungen** und den **gesellschaftlichen Formen**, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des **konservativen** Mottos: **„Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!"**, sollte sie auf ihr Banner die **revolutionäre** Losung schreiben: **„Nieder mit dem Lohnsystem!"**

„Umweltvernichtung, Unterdrückung – Gesetz des Kapitalismus“

Bretonische Fischer und Bauern im Kampf

Die 220.000 t Rohöl sind nun aus der auf Grund gelaufenen Amoco Cadiz ausgeronnen, bedrohen eine ganze Region Frankreichs und entziehen auf Jahre hinaus Arbeitern, Bauern und Fischern die Existenzgrundlage. Nach den Unfällen der Torrey-Canon 1967 sowie der Olympic-Bravery und der Boehlen 1976 ist es die vierte und bisher größte Katastrophe vor der Küste der Bretagne, die von großen Öltankern verursacht wurde. Ihre Ursache, ihr Verlauf, der sogenannte Kampf der Behörden gegen die Ölpest, die Folgen für das Volk der Bretagne, sind eine lange Anklageschrift gegen den Kapitalismus.



Im Bild die Demonstration des „Syndicat des marins pêcheurs“ (Seefischergewerkschaft) in Brest. Die Forderungen sind: Entschädigung in der Höhe des bisherigen Lohns, bei Nichtlohnabhängigen Mindestbetrag der 5. Kategorie (2.700 Francs)! Anrechnung der Freiwilligenarbeit auch während ihres technisch bedingten Stillstands! Vorauszahlung auf die Entschädigung für die ökologischen Schäden der nächsten 50 Jahre!

Das fängt schon beim Normalbetrieb der riesigen Öltanker an. Äußerst scharf ist die kapitalistische Konkurrenzschlacht zwischen den großen Reedereien. Besonders zugespitzt wurde sie in den letzten Jahren durch die internationale wirtschaftliche Krise des Imperialismus. Um die Profite zu halten werden immer größere Tanker gebaut. So kostet jede Tonne in einem 250.000 tdw-Schiff die Hälfte an Transportkosten gegenüber einem 50.000 tdw-Tanker. Die Tanker werden aus besonders leichtem und billigem Material hergestellt. Um das investierte Kapital in möglichst kurzer Zeit (10 bis 15 Jahren) umzuschlagen, fahren die Tanker die kürzesten Routen, oft knapp an den Küsten vorbei in seichten Gewässern. Die Amoco Cadiz lief auf Grund ca. 10 Meilen vor der bretonischen Küste, obwohl sie sich dort auf Grund internationaler Vereinbarungen gar nicht hätte befinden dürfen. Auf ihrer Fahrt über die Weltmeere werden üblicherweise Ölreste einfach ins Meer gelassen. Das sind die billigsten Tankreinigungsmethoden. Nach Schätzungen gelangen so jährlich 6–10 Millionen Tonnen Öl ins Meer. Die Gelegenheit nützend, haben einige auch vor der Bretagne ihr Altöl ausgeleert: Anfang April wurde der sowjetische Tanker „Aktau“ aufgebracht, nach Le Havre geschleppt und konnte erst nach Bezahlung einer Geldstrafe wieder ausgelöst werden. Das sind die Praktiken der imperialistischen Handelsflotten!

Bringen die Riesentanker schon jetzt große Gefahren mit sich, so wird die Gefahr für Menschen und Natur noch mehr ansteigen, wenn nach erster Abnützung die Schiffe zwar mit demselben Eigentümer, aber unter einer anderen Flagge (sogenannte Billigflaggenländer, wo die Sicherheitsbestimmungen noch geringer sind als in den Herstellungsländern der Tanker) fahren. Die Zahl der Tankerunfälle (die schon jetzt über hundert pro Jahr beträgt), und die Folgen jedes einzelnen Unfalls werden damit in den nächsten Jahren sprunghaft steigen.

Nachdem die Amoco Cadiz auf Grund gelaufen war, bewies die französische Regierung mit aller Deutlichkeit, daß sie eine Regierung des Kapitals ist. Praktisch wurde von ihr nichts unternommen zum Schutz der Küstenbevölkerung. Eine Abdämmung des ausfließenden Öls sei „wegen des Sturms unmöglich“ gewesen. Absorptionsmittel wurden nicht angewendet, weil man angeblich „nicht ans Öl herankam“. Eine Sprengung der Amoco Cadiz wurde nicht durchgeführt, weil die Kapitalisten einen Teil des Öls retten wollten. Dann verfielen die Behörden noch auf den Plan, Lösungsmittel einzusetzen. Eine Generalversammlung der Fischer von Morlaix durchkreuzte dieses verbrecherische Vorhaben, wodurch Flora und Fauna noch mehr geschädigt worden wären als durch die Ölpest.

Während sich die Behörden den Kopf zerbrachen, wie sie den Kapitalisten noch einen Teil des Erdöls retten könnten, haben die Fischer, Arbeiter und Bauern der Küste zur Selbsthilfe gegriffen, um die Ölpest zu bekämpfen.

Besonders gefährdet waren die Bewohner der kleinen Inseln vor der Küste. Die Evakuierung der Ile de Batz dauerte vier Tage! Auf einen Telefonhilferuf des Bürgermeisters reagierten die Behörden überhaupt nicht, obwohl sich um die Insel schon ein 10 cm dicker Ölteppich gelegt hatte. 200 Einwohner fuhren dann unter schwierigen Bedingungen zu einer Versammlung nach Ploudalmezau. Zwei Tage später kamen dann die ersten Soldaten, aber ohne Material für die Evakuierungsarbeiten. Erst einen weiteren Tag später wurden die 850 Einwohner der Insel evakuiert, die von Fischfang, Austernzucht und Fremdenverkehr lebten und denen nun auf Jahre die Existenzgrundlage vernichtet ist.

Das Volk der Bretagne organisiert sich, um seine Interessen durchzusetzen

Die Fischer, Arbeiter und Bauern der Bretagne wissen ganz genau, wen sie für die skandalöse Verzögerung und Sabotage der notwendigen Schutzmaßnahmen zur Rechenschaft ziehen. Schon am 21. März versammelten sich die Fischer in Brest. Auf Initiative ihrer Gewerkschaft entstanden daraufhin in vielen Städtchen und Dörfern an der Küste Selbsthilfekomitees. Am 23. März fand in Brest die erste große Demonstration mit 5.000 Teilnehmern statt. Am 28. März folgten 20.000 dem Demonstrationsaufruf der Seefischergewerkschaft. „Die Bretagne ist kein Mülleimer“, „Verschmutzung und Unterdrückung – das ist das Gesetz dieser Herrschaften“ – wurde dem Bürgermeister von Brest entgegengerufen. Entgegen den Beschwichtigungsversuchen der Reformisten und Revisionisten der „Linksparteien“ zogen die meisten Demonstranten weiter zur Präfektur für Seefahrt und zur Rundfunkstation, wo gegen die Lügenberichterstattung protestiert wurde.

Die Demonstration am 1.4., an der wiederum 20.000 teilnahmen, stand im Zeichen der Forderungen der betroffenen Bevölkerung. „Verantwortlich sind die Kapitalisten und ihre Regierung!“ „Sie allein sollen die Rechnung bezahlen!“, waren die Sprechchöre. Ein Teil der Demonstranten zog wieder vor die Präfektur, die „Burg“ der reaktionären staatlichen Behörden. Tote Fische wurden auf das Gebäude geworfen. Die Polizei und Spezialeinheiten, die die Präfektur abgeriegelt hatten, gingen gegen die Demonstranten vor. Es gab Verletzte und drei Verhaftete, die eine Nacht lang festgehalten und von der Polizei mißhandelt wurden. (L'Humanité Rouge, 4.4.)

Wenig später beschloß die Bundeskonsumentenunion einen Boykottaufruf gegen die Produkte der Shell, der die Amoco Cadiz gehörte. Es ist ganz richtig, daß sich die bretonischen Fischer und Bauern gegen den bürgerlichen Staat wenden, und von ihm Schadenersatz fordern. Er ist der Schützer des Kapitalismus, der die Schuld an der Katastrophe trägt. Das Volk hat sich auf einen harten Kampf zur Durchsetzung seiner Interessen und Forderungen eingestellt.

Unfallort der Amoco Cadiz

Die Karte zeigt die Küste der Bretagne. Vom Unfallort der Amoco Cadiz breitet sich ein bis zu zehn Zentimeter dicker Ölfilm gegen Osten und Süden aus. Das Institut für Meeresforschung der Universität der Bretagne und das Institut für Naturschutz haben in einer ersten Analyse festgestellt, daß im Meer in einem Umkreis von 50 km bis 20 m Tiefe jegliches Leben vernichtet ist. Beeinträchtigt ist ein Umkreis von 150 km. Vernichtet ist die Algen- und Seetangernte auf die Dauer von 10 Jahren. Zerstört sind die Austernbänke von Abers. Die Seefischer, Langusten- und Krabbenfischer sind in ihrer Existenz bedroht. Ebenso die die Meeresprodukte verarbeitenden Werktätigen der Fabriken in der Bretagne. Bis zu 4 km ins Innere des Landes sind Raps-, Karfiol- und andere Gemüsefelder verseucht.

Interview mit einem bretonischen Bauern

Frage: In Fernsehen, Radio und Presse wird viel von den Pumparbeiten und von der Solidarität der Bauern geredet.

Antwort: Ja, von der Luft aus, hat man vielleicht den Eindruck intensiver Aktivität, das Erdöl aus der Amoco Cadiz zu pumpen.

Frage: Wie sind die Arbeitsbedingungen?

Antwort: Alle arbeiten unter entsetzlichen Bedingungen. Den kapitalistischen Gesellschaften geht es nur darum, daß wir ihnen die Scheiße wegputzen, damit ihr Maximalprofit gesichert wird. Man macht ein großes Spektakel um die Ausrüstung mit Stiefeln und anderen Mitteln, die uns zur Verfügung gestellt werden sollten. Obwohl die Arbeit nun schon 8 Tage dauert, wurden alle Materialien und Ausrüstungen von den Freiwilligen selber zur Verfügung gestellt und mitgebracht. Nicht einmal einen einzigen Tropfen heißes Wasser konnte man bekommen, um sich die Hände zu waschen!

Frage: Die Bauern waren die ersten, die an Ort und Stelle waren. Sie hatten die Ausrüstung und sind solidarisch. Solidarisch mit wem?

Antwort: Allerorten redet man viel von der Solidarität daher. Was uns betrifft, wir fühlen uns solidarisch mit den Seefischern, Seetang- und Algenfischern, und mit allen Arbeitern, die Opfer dieser Katastrophe sind. Sehr viel Algen und andere Meeresprodukte gehen in die Produktion von Viehfutter. Wir verurteilten von allem Anfang an jede Spekulation, wie sie durch den Versorgungsmangel und die entstandene Lage gefördert wird. Wir fordern das Recht auf Arbeit für die kleinen Bauern und verlangen, daß die für die Katastrophe Verantwortlichen verurteilt werden.

(nach L'Humanité Rouge, 6.4.78)



Die kleinen Bauern und Fischer der Bretagne greifen zur Selbsthilfe